Nummer 10 Pfg. Auflage über 60000.

Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Expedition: Neue Graupenstraße 5 und durch Austräger zu beziehen.
Preis pro Woche 30 Pfg.
„ Monat 1.35 Mk.
„ für 3 Monate 3.90 „
Durch die Post bezogen 3.75 „
frei ins Haus 4.17 „
wo keine Post am Orte 4.50 „

Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 1206.
Postscheck-Konto Breslau Nr. 5852.

Volkswacht

für Schlesien und „Liegnitzer Volkszeitung".

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Anzeigenpreis beträgt für die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum für Breslau und Schlesien 35 Pfg., außerhalb 45 Pfg. Doppelzeile unter Strich 1.50 Mk. Arbeitsmarkt, Wohnungs-, Vereins- u. Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. Familien-Nachrichten 25 Pfg. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 8 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Fernsprecher: Redaktion Nr. 3141.
Postscheck-Konto Breslau Nr 5852.

Nr. 171. Breslau, Mittwoch, den 24. Juli 1918. 29. Jahrgang.

Kaiser Karl an König Ferdinand.

Ein Kaiserwunsch.

Jetzt ist die Zeit, wo die Könige zusammenhalten müssen.

Wien, 23. Juli. Meldung des Wiener k. k. Korr.-Bureaus. Wie aus dem Haag gemeldet wird, veröffentlicht die in Newyork erscheinende „Evening Post" den Text eines angeblich an König Ferdinand von Rumänien gerichteten Privatbriefes Kaiser Karls, der, in der zweiten Hälfte des Februar abgesandt, die Haltung Rumäniens in der Friedensfrage entscheidend beeinflußt haben soll. Wie das Blatt meldet, sei der Brief dem Vertreter der Associated Preß in Jassy durch einen Vertrauensmißbrauch bekannt geworden.

In diesem Briefe hätte Kaiser Karl König Ferdinand mit herzlichen Worten auf die **großen Gefahren aufmerksam gemacht, die aus der über den Osten hereinbrechenden sozialistischen Welle für alle monarchischen Staatswesen hervorgehe.** Kaiser Karl habe darin die Gefahren geschildert, die bei Ausbreitung des Bolschewismus über die russische Grenze für Oesterreich-Ungarn entständen und die in gleicher Weise das rumänische Königshaus bedrohen würden. Deshalb sei Kaiser Karl in seinem Briefe dafür eingetreten, daß der rumänische König sich mit ihm und den **anderen Monarchen zum Kampfe gegen die Anarchie vereinige.** Auch habe der Kaiser versprochen, daß, falls der König Ferdinand die Alliierten verlasse, Oesterreich-Ungarn und auch Deutschland ihn in der Wahrung seines Thrones unterstützen würden. Kaiser Karl habe in dem Briefe dargelegt, daß Rumänien von den Alliierten verlassen sei und habe auf dessen hilflose Lage gegenüber den mächtigen zentralen Kaiserreichen hingewiesen. Seinen Brief habe Kaiser Karl mit folgendem Satze geschlossen: **„Dies ist die Zeit, in der Könige zusammenstehen müssen."**

Dazu schreibt das k. k. Telegraphenbureau: Vorstehende Mitteilung über den angeblichen und, wie hier gleichfalls festgestellt sei, in Wirklichkeit nicht existierenden Privatbrief des Kaisers und Königs an König Ferdinand von Rumänien ist vielfach unrichtig. Der Sachverhalt ist folgender: Einem im Einvernehmen mit den Verbündeten gestellten Antrage des Ministers des Aeußeren, Grafen Czernin, entsprechend, hat Seine Majestät im Februar d. Js. einen österreichisch-ungarischen Stabsoffizier beauftragt, dem König von Rumänien auf mündlichem Wege eine Mitteilung zugehen zu lassen. Zu jener Zeit hatten die Mächte des Vierbundes bereits den Waffenstillstand mit Rumänien abgeschlossen. Der Friedensvertrag mit der Ukraine stand in jenem Zeitpunkt in seinen Grundzügen fest, die Friedensverhandlungen mit Rußland befanden sich in vollem Gange. Der entsendete Offizier entledigte sich seines Auftrages dadurch daß er die für König Ferdinand bestimmten Mitteilungen Seiner K. u. K. Apostolischen Majestät einem, das persönliche Vertrauen des Königs von Rumänien genießenden rumänischen Offizier zur Weiterleitung bekanntgab. Diese in zwei Unterredungen gemachten mündlichen Mitteilungen, aus denen die Informatoren des Korrespondenten der Associated Preß in Jassy einen Brief des Kaisers und Königs an König Ferdinand konstruiert haben, hatte folgenden Inhalt:

„Falls der König von Rumänien sich zwecks Erlangung des Friedens an die Mächte des Vierbundes wenden würde, so hätte er keinen Refus zu fürchten. Die von seinem Lande verlangten Friedensbedingungen würden ehrenvoll sein. Rumänien könne, ohne die Verpflichtung zum Eintritt in den Kampf gegen seine derzeitigen Alliierten zu übernehmen, eine Vereinbarung mit den Vierbundmächten zu dem Zwecke treffen, gemeinsam mit ihnen die Gefahren einer internationalen Revolution und Anarchie zu bekämpfen. Aus einer solchen eventuellen Abmachung könne jedoch den Mächten des Vierbundes nicht die Verpflichtung erwachsen, [illegible] Waffenhilfe zu leisten, da der Vierbund sich mit der Sowjet-Republik nicht mehr im Kriegszustand befinde. Was die Frage des territorialen Besitzstandes Rumäniens anbelange, so bemerkte der entsendete österreichisch-ungarische Offizier, daß in diesem Stadium hierüber keine Zusage gemacht werden könne und daß diese Frage vielmehr ebenso wie alle weiteren Details den Verhandlungen der Bevollmächtigten vorzubehalten sei.

Da der dem österreichisch-ungarischen Offizier erteilte Auftrag nach Weitergabe dieser Mitteilungen erledigt war, erklärte er hiermit seine Mission als beendet. Wie bekannt, hat die rumänische Regierung kurz darauf den Vierbundmächten ihren Wunsch nach Einleitung von Friedensverhandlungen bekanntgeben lassen.

* * *

Könige aller Länder vereinigt Euch! Die Sozialdemokraten kommen!

Neue Angriffe der Feinde.

Berlin, 23. Juli, abends. (Amtlich.)

Oertliche Kämpfe auf dem Westufer der Avre. Zwischen Soissons und Reims hat die Heeresgruppe Deutscher Kronprinz erneute einheitliche Angriffe starker feindlicher Waffen zum Scheitern gebracht.

Berichte der Gegner.

Amerikanischer Heeresbericht vom 22. Juli. Im Zusammenwirken mit den Franzosen setzten wir unser Vorgehen fort. Wir gingen über die Straße Soissons—Chateau Thierry zwischen Ourcq und Clignon hinaus und erreichten die Straße Beaupuits—Charteres. Andere amerikanische Einheiten überschritten die Marne und besetzten Städte, deren Zustand die große Eile verriet, mit der man sie verlassen hatte.

Französischer Heeresbericht vom 22. Juli morgens. Im Laufe der Nacht beschränkten die Deutschen ihre Artilleriewirkung auf die nördliche Seite des Ourcq, zwischen Marne und Reims hauptsächlich auf die Wälder von Courton und Roi. Zwischen Ourcq und Marne haben wir starke Gegenangriffe der Deutschen in den Gegenden von Grisolles und St. Germain zum Scheitern gebracht. Wir haben überall unsere Stellungen gehalten.

Französischer Heeresbericht vom 22. Juli abends. Verspätet. Im Laufe des Tages versuchten die Deutschen durch mächtige Gegenangriffe unserem Fortschreiten zwischen Marne und Ourcq Einhalt zu tun. Die französischen und amerikanischen Truppen leisteten allen feindlichen Anstürmen Widerstand und erweiterten noch ihr Vorrücken. Wir rückten über die Höhen östlich La Croix und Grisolles hinaus vor, eroberten das Dorf Epiede und gewannen nordöstlich vom Berge St. Pere Gelände. Zwischen Marne und Reims haben sich harte Kämpfe abgespielt, die dem Feinde keinen Erfolg brachten. Wir halten unsere Linien im Walde von Courton und im Königswalde. Weiter nördlich machten die englischen Truppen einen Fortschritt, wobei sie 200 Gefangene einbrachten und 40 Maschinengewehre erbeuteten. Nördlich vom Ourcq und an der Champagnefront wird starke Artillerietätigkeit ohne Infanteriegefechte gemeldet.

Französischer Heeresbericht vom 23. Juli nachmittags. Aus dem Verlaufe der Nacht werden von der ganzen Schlachtfront nur Artilleriegefechte gemeldet. Nördlich von Montdidier ermöglichte es eine lebhaft durchgeführte örtliche Unternehmung den Franzosen, die Dörfer Milly-Raineval, Sauvillers und Aubevillers zu besetzen. Die Franzosen machten bisher 350 Gefangene. Die Nacht war sonst ruhig.

Englischer Bericht vom 22. Juli morgens. Wir gewannen am 21. Juli südöstlich von Hebuterne Gelände. Im Zusammenwirken mit den Franzosen führten wir in der Nacht erfolgreich ein kleineres Unternehmen südlich von Villers-Bretonneux aus und brachten dabei einige Gefangene und Maschinengewehre ein.

„Einige 10 000 Tote."

Berlin, 23. Juli. Wolffs Bureau meldet: Außer Senegalesen haben die Franzosen bei Fortsetzung ihrer Angriffe zwischen Aisne und [illegible] verhältnismäßig größeren Mengen auf die Franzosen verteilt, als Kanonenfutter angewendet. Die Schwarzen wie die amerikanischen Hilfstruppen wurden in Massen gegen die deutschen Linien vorgetrieben. Sie mußten den Einsatz mit einigen 10000 Toten, Negern wie Amerikanern, bezahlen. In teilweise 16 Wellen Tiefe griffen sie an. Eine Welle nach der anderen brach in dem deutschen Artilleriefeuer und Maschinengewehrfeuer zusammen. Auch an den folgenden Tagen erneuerten sie bis zu sieben Mal immer wieder ihre Angriffe. Die Massen erlahmten immer mehr. Am dritten Tage der Offensive begann die amerikanische Infanterie bereits beim ersten Ansturm zu stocken und sich hinzuwerfen, sobald nur das deutsche Artilleriefeuer einsetzte. Dauerte das Feuer länger, so ging sie einig zurück, sodaß sich der Angriff stellenweise in ein eiliges Zurückfluten verwandelte. Vielfach stand die deutsche Infanterie aus ihren Gräben auf und empfing die Amerikaner mit einem stehend freihändig abgegebenen Schnellfeuer. Bei dem Angriff am 21. Juli gerieten amerikanische Bataillone der zweiten Division, die durch die Schlucht von Vissigneux heranrückten, in das Feuer deutscher Maschinengewehre, die von der Zuckerfabrik von Novant aus die Schlucht bestrichen. Sie machten sofort Kehrt und fluteten eiligst zurück. Besonders ernste Verluste erlitten die Amerikaner in den schweren Kämpfen am 19. und 20. Juli. Nach Aussagen von Gefangenen sind einzelne Regimenter aufgerieben, vor allem die Offiziersverluste sind furchtbar. In dem Bestreben der Obersten Heeresleitung der Entente, Erfolge der Amerikaner herauszustreichen oder zu erdichten, liegt eine durchsichtige Tendenz. Wenn das amerikanische Volk Kenntnis erhielte, wie seine Söhne auf fremder Erde für fremde Menschen verbluten müssen, würde die künstlich entfachte und auf unwahre Behauptungen gegründete Kriegsbegeisterung bald zunichte werden.

Helfferich nach Moskau.

Berlin, 24. Juli. Zum Nachfolger des ermordeten deutschen Gesandten in Moskau, Grafen Mirbach, ist, wie amtlich mitgeteilt wird, der frühere Vizekanzler Dr. Helfferich ernannt worden.

Die „Voss. Ztg." bemerkt zu der Ernennung: Vermutlich werden die Ziele der deutschen Politik in Moskau straffer als bisher von Berlin aus gesteckt. Daß in diesem Rahmen Helfferich Ersprießliches wird leisten können, möchten wir durchaus annehmen.

Der „Lokal-Anzeiger" schreibt: Durch diese Ernennung dürfte Dr. Helfferich auf den richtigen Platz gestellt sein. Die Hauptaufgabe seiner neuen Stellung wird die Anbahnung und Pflege guter wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland bilden.

Der Einbruch bei Murman.

Stockholm, 23. Juli. Nach einer Meldung aus Helsingfors sind die Engländer im Vorrücken von Archangelsk gegen Murman begriffen. Die letztere Stadt ist bereits ernstlich bedroht. Die Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates in Kem wurden gefangen genommen und hingerichtet. Die Truppen der Alliierten haben die Linie Kandalaka-Kem besetzt.

Moskau, 20. Juli. General Gurko ist zum Kommandierenden der verbündeten Truppen in Murman ernannt worden.

Unter dem Protektorat der Entente soll eine Wologdaer Republik gegründet werden, die Murman und Teile von Nordrußland bis zum Ural umfaßt. Der Aufstand der Weiß-Gardisten am Murman ist unterdrückt.

Die Engländer haben die russische Abteilung für den außerordentlichen Schutz der Murmanbahn zu dem Eintritt ins Verbandsheer überredet und auch, nach Meldungen, die russische Zivilbevölkerung zum Eintritt organisiert. Die Werbung war anfangs erfolgreich; jetzt ist wegen der Bedrückung ein scharfer Umschwung eingetreten. Die Rätegewalt in Archangelsk verfügte die Räumung des Kriegshafens, die Anlage von Befestigungen und die Mobilisierung von Genie- und Artillerietruppen, sowie die allgemeine Mobilisierung der jüngsten fünf Jahrgänge.

Wer wird weinen?

Moskau, 19. Juli. Die heutige Nummer der „Prawda" feiert die Erschießung des Zaren. Die Gebete der Priester, die für seine Gesundheit beten, könnten ihn nicht mehr auferwecken. Nikolaus II. sei [illegible] der Zweite Kaiser [illegible] Rußlands.

ger einer fürchterlichen Reaktion und auch der Schuld am Kriege. Von zwei Seiten sei er mit dem Imperialismus der Räuberstaaten verbunden gewesen. Dort werde man über ihn weinen.

Deutsches Friedensprogramm?

Meldung der „Nowaja Shisn".

Gorkis Organ, „Nowaja Shisn", veröffentlichte Anfang Juli, wie jetzt hier bekannt wird, die Nachricht, daß Deutschland der spanischen Regierung folgendes Programm für eine internationale Friedenskonferenz übermittelt habe:

1. Deutschland will weder eine Annexion noch Kontribution im Westen.
2. Die mit Rußland und Rumänien abgeschlossenen Friedensverträge bleiben in Kraft und können auf dem internationalen Friedenskongreß der Durchsicht unterliegen.
3. Das Prinzip der Selbstbestimmung der Völker wird unerörtert gelassen und wird auf der Friedenskonferenz entschieden. Das Schicksal Belgiens wird ebenda entschieden.
4. Die Balkanfrage bleibt offen und wird auf der Friedenskonferenz zur Durchsprache und Entscheidung gebracht werden.
5. Freie Seefahrt, Entwaffnung von Gibraltar, des Suezkanals usw., das Recht der Benutzung von Kohlenstationen.
6. Die Frage der Kolonien wird mit dem Status quo ante bellum beigelegt.

Es ist nicht recht klar, wie dieses im ganzen sehr vernünftige Programm in die Hände einer russischen Redaktion gelangt sein soll.

Die österreichische Krise.

Berlin, 23. Juli. Als Ministerpräsident ist, wie der L.-A. meldet, der ehemalige Unterrichtsminister Hussarek auserwählt, der bereits den Auftrag erhalten hat, bei den Parteien zu verhandeln.

Wien, 24. Juli. Das österreichische Abgeordnetenhaus lehnte nach zweitägiger Behandlung in namentlicher Abstimmung mit 215 gegen 162 Stimmen den Antrag der Tschechen auf Erhebung der Ministeranklage gegen den Ministerpräsidenten Dr. von Seidler und den gewesenen Minister des Innern, Grafen Toggenburg, wegen Erlassung der Kreisverordnung in Böhmen ab.

Die geheime Sitzung im österreichischen Abgeordnetenhause, die am 23. Juli um ½1 Uhr mittags begonnen hatte, wurde um ¾6 Uhr geschlossen. Am 24. Juli, 10 Uhr vormittags wird die Geheimsitzung wieder aufgenommen.

Der Budgetausschuß des österreichischen Abgeordnetenhauses beschloß mit Rücksicht auf die Demission des Gesamtkabinetts, die Beratung des Budgetprovisoriums zu vertagen.

Die österreichische Krise hat eine Lösung gefunden, die geradezu humoristisch anmutet. Die Regierung demissioniert, und dafür bewilligen die Polen das Budgetprovisorium, für das somit eine Mehrheit gesichert ist. Angesichts dieser Wendung der Dinge ist es beinahe eine Nebensächlichkeit, wer Seidlers Nachfolger ist. Denn wenn die Polen bereit sind, dem Professor Hussarek das Budget zu bewilligen, so nicht deshalb, weil er Hussarek, sondern weil er Nicht-Seidler ist. Sie bewilligen das Budgetprovisorium nicht, weil sie mit der Regierungspolitik, die jetzt in Oesterreich getrieben werden soll, einverstanden sind, sondern nur aus Freude darüber, daß der Mann beseitigt ist, der sich auf die Zweiteilung Galiziens verpflichtet und vom deutschen Rückgrat des österreichischen Staates gesprochen hat.

So ist durch ein absonderliches Mittel eine augenblickliche Verlegenheit des Staates hinweggeräumt werden. Der Nachteil dieses Mittels ist aber, daß es nicht öfter als einmal angewendet worden kann. Schließlich kann die absolute Programm- und Richtungslosigkeit eines Staates nicht auf die Dauer das Mittel sein, das eine parlamentarische Mehrheit zusammenhält.

Der junge Kaiser von Oesterreich ist in die verzwickte Lage geraten, daß er weder absolutistisch noch parlamentarisch regieren kann.

Deutscher Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 23. Juli. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Englische Abteilungen stießen an vielen Stellen der Front gegen unsere Linien vor. Sie wurden abgewiesen. Die Artillerietätigkeit lebte am Abend wieder auf.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. An den Kampffronten trat zeitweilig Ruhe ein.

Südlich der Aisne hat der Feind infolge schwerer Verluste seine Angriffe gestern nicht erneuert. Auch der Artilleriekampf hat hier an Stärke nachgelassen. Beiderseits des Ourcq und zwischen Ourcq und Marne führte der Feind fast in allen Abschnitten heftige Teilangriffe. Sie wurden abgewiesen; südlich des Ourcq brachte sie unser Gegenstoß zum Scheitern. Feindliche Abteilungen, die beiderseits von Jaulgonne in unsere Vorpostenstellungen an der Marne eindrangen, wurden im Gegenangriff an den Fluß zurückgeworfen. Oertliche Kämpfe südwestlich und östlich von Reims.

Gestern wurden 52 feindliche Flugzeuge und 4 Fesselballone abgeschossen.

Leutnant Löwenhardt errang seinen 42. und 43., Leutnant Billik seinen 26., Leutnant Bolle seinen 25. und Leutnant Pippard seinen 20. und 21. Luftsieg.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Kämpfe in Albanien.

Wien, 23. Juli. (Amtlich.)

Auf dem italienischen Kriegsschauplatz Artilleriekämpfe wechselnder Stärke.

An der albanischen Front setzte der Feind seine Angriffsversuche beiderseits des oberen Devoli fort; sie wurden alle abgeschlagen.

Der Chef des Generalstabes.

Französischer Orientbericht vom 21. Juli. Gegenseitige Artillerietätigkeit an der unteren Struma westlich von Wardar, am Skra di Legen und im serbischen Abschnitt. An der Struma zersprengte eine griechische Erkundungsabteilung eine bulgarische Abteilung und brachte 3 Gefangene ein. Nördlich von Devoli nahmen unsere Truppen mit prächtigem Schneid österreichische, durch den Fluß Nolta im Rücken gedeckte Stellungen, machten 100 Gefangene, darunter drei Offiziere und erbeuteten 6 Maschinengewehre.

Versenkt.

Berlin, 22. Juli. (Amtlich.) Durch unsere im Sperrgebiet des Mittelmeeres operierenden U-Boote wurden drei wertvolle Dampfer und ein Segler von rund 19 000 Brutto-Registertonnen versenkt.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Erzählungen über Kühlmann.

Berlin, 24. Juli. „Havas" verbreitete vor einigen Tagen eine Meldung des „Temps" aus London, nach der ein intimer Freund Herrn von Kühlmanns dem „Temps"-Korrespondenten erklärt habe, Herr von Kühlmann sei überzeugt, der deutsche Generalstab werde niemals einen entscheidenden Sieg erringen. Wenn nach sechs Monaten die militärischen Enttäuschungen ihm recht geben würden, so könne er, da er in sechs bis sieben Monaten Reichskanzler sein würde, sein Friedensprogramm dann durchführen.

Hierzu bemerkt die „Nordd. Allg. Ztg.":

Herr von Kühlmann hat uns mitgeteilt, daß er keinen intimen Freund in London besitzt, der dem Korrespondenten des „Temps" derartige Mitteilungen machen könnte. Abgesehen davon, glaube er nicht, daß intime Freunde von ihm einen derartigen Unsinn verbreiten würden. Im übrigen bemerkte Herr von Kühlmann, daß er nicht beabsichtige, die Zeit der Ruhe, die er zunächst in Oberbayern zu genießen gewillt, damit auszufüllen, der Legendenbildung, welche sich bezüglich seines Abgangs und seiner zukünftigen Absichten bereits in lebhafter Weise bemerkbar macht, entgegenzutreten. In diesen Legenden gehört ebenso sehr die zuerst in einer sächsischen Zeitung auftauchende Behauptung, Herr von Kühlmann habe durch seinen Abgang eine Regierungskrisis veranlassen wollen, wie die Mitteilung der holländischen Zeitung „Tijd", er beabsichtige sich in Holland niederzulassen, um dort eine neue Ehe einzugehen.

Bolschewiki gegen Entente.

Berlin, 23. Juli. Die russische Ratsregierung veröffentlicht wiederum ein Telegramm „An alle", worin gesagt wird: Die Vierverbandsunternehmungen an der Murmanküste gelten nicht dem Schutze der eigenen Vorräte, sondern dem Sturz der Ratsregierung. Ein neuer Krieg gegen Deutschland sei beabsichtigt. Die Ratsregierung erklärt, sie fasse das Vorgehen der Verbündeten als eine Kriegserklärung auf, treffe entsprechende Gegenmaßregeln und rufe alle kriegstüchtigen Arbeiter und Bauern zum Schutze der Revolution gegen die Anschläge der Verbündeten auf.

Ueber 200 Todesurteile?

Berlin, 23. Juli. (W. T.-B.) Nach einer Mitteilung Tschitscherins an den kaiserlichen Geschäftsträger sind bis zum 19. Juli mehr als 200 linke Sozialrevolutionäre, die an der Ermordung des Grafen Mirbach und an dem Aufstande gegen die Sowjetregierung beteiligt waren, erschossen worden. (??)

Hierunter befinden sich Alexandrowitsch, ehemaliger Gehilfe des Präsidenten der außerordentlichen Kommission, welcher die Verschwörung gegen den Grafen Mirbach leitete, der Kommandant Jaroff, sein Gehilfe M. Zakerine und die Kommissionsmitglieder M. Filanoff, S. Kabanoff, M. Kostin, J. Posine, B. Bonkrine, A. Pouchmanoff, S. Koulakoff, A. Popouchine, B. Niemcef, S. Finiegbine. Mehr als 100 Schuldige wurden verhaftet, darunter auch der Bevollmächtigte des Zentralkomitees im Stabe der Abteilung Popoffsorechkin und das Mitglied dieses Stabes, Sobline.

Aus Rußlands Wirrnis.

Moskau, 21. Juli. Wie die Presse meldet, haben die Sowjettruppen Orenburg endgültig aufgegeben. An der Spitze der neuen Orenburger Regierung steht Dotowo. Die Bolschewiki haben alle Wertsachen mitgenommen.

„Prawda" berichtet von Hungerrevolten in Uglitsch, Ljubin, Rybinsk und Jaroslau.

Moskau, 21. Juli. Die hiesige Presse meldet: Der Nordbezirk des Dongebietes ist von den Kadettenbanden befreit. Die Wladikawkas-Bahn ist von den Kadetten gesäubert.

Am 17. Juli begann die allgemeine Mobilisierung der Arbeiter. Die Angeworbenen werden auf vier Tage entlassen, dann Truppenteilen zugewiesen.

Die Engländer erschossen in Kem das Präsidium des Exekutivkomitees.

Die Großfürsten Igorj Konstantinowitsch, Konstantin Konstantinowitsch, Iwan Konstantinowitsch und Serges Michailowitsch, die in Alapajewsk gefangen gehalten wurden, sind laut amtlicher Nachricht am 18. Juli befreit worden. Sie sind verschwunden.

Der Erlaß über die Einziehung des sämtlichen Eigentums der Zarenfamilie ist veröffentlicht worden.

Am 9. Juli waren in Petersburg 109 Cholerafälle zu verzeichnen. Am 3. Juli wurden in Petersburg 326 Cholerafälle festgestellt.

Aus Baku wird mitgeteilt, daß Sowjettruppen im Kaukasus vorgehen. Die Station Awalsk ist genommen. Die Engländer räumen beschleunigt das Gesandtschaftsarchiv in Wologda.

„Times" meldet aus Charbin: General Horvat hat sich am 10. Juli zum vorläufiger Herrscher über alle russischen Länder proklamiert. In seiner Proklamation heißt es, daß er die Ordnung wieder herstellen und die gesetzmäßige Versammlung wieder einberufen will.

In Moskau wurde zum zweiten Male das Erscheinen aller nicht bolschewistischen Zeitungen und Zeitschriften verboten.

Trotzki veröffentlicht einen Aufruf, die Wolga, den Ural und Sibirien vom Feinde zu säubern und die brotabsperrende sibirische Schlange zu erwürgen. Er verbietet allen Militärinstitutionen und Militärbeamten den englischen und französischen Offizieren irgend welche Hilfe zu leisten. Diese Offiziere sind streng zu überwachen und ihre Reisen zu verhindern.

„Biednota" stellt mit Genugtuung fest, daß durch die Hinrichtung des Zaren der muskulöse Arm der Arbeiter endgültig die Ketten des Zarismus gesprengt habe. Ein Arbeiter habe das Todesurteil unterschrieben, ein Arbeiter habe den Kaiser bewacht, ein Arbeiter habe den Zaren von Tobolsk nach Jekaterinenburg gebracht. Jakowlew, Awdeiew und Nikulin, das seien die drei Arbeiter, in deren Hände die Geschichte die geheiligte Person des gottgesalbten Nikolaus des Letzten ausgeliefert habe.

Friedensentschließung der französischen Gewerkschaften.

Der Kongreß der Confederation Generale du Travail, das heißt der Kongreß der französischen Gewerkschaftsverbände, hat in seiner Schlußsitzung eine Resolution zu den Kriegszielen angenommen, durch die er sich mit Entschiedenheit auf den linken Flügel der französischen Friedensbewegung stellt. Leider liegt der genaue Wortlaut dieses wichtigen Dokuments noch nicht vor, nach einer Meldung der „B. Z. a. M." ist sein Inhalt folgender:

Der Kongreß verurteilt die Fortsetzung der Geheimdiplomatie und verlangt als Bedingung einen allgemeinen demokratischen Frieden, keine Annexionen, Selbstbestimmungsrecht der Völker, Wiederherstellung der Unabhängigkeit und territorialen Integrität der besetzten Länder, keine Kriegsentschädigungen, kein Wirtschaftskrieg nach dem Kriege, Freiheit der Meere und Meerengen, internationales Schiedsgericht, Gesellschaft der Nationen.

Es wurde angeregt, die Regierung nötigenfalls mit allen Mitteln zu zwingen, den Delegierten für eine internationale Konferenz die Pässe auszuhändigen, und jede Einmischung der Entente in Rußland verworfen.

Die Friedensresolution fand Annahme mit 908 gegen 253 Stimmen bei 48 Enthaltungen.

Kleine Kriegsnachrichten.

Boykott der deutschen Sprache in Amerika. Wie von englischer Seite gemeldet wird, versucht die Regierung der Vereinigten Staaten, den Unterricht in deutscher Sprache zu unterdrücken. Die Staatsbehörden von acht Staaten sowie Lokalbehörden in 36 Staaten gehen gegen den Unterricht in deutscher Sprache vor. An verschiedenen größeren Anstalten haben die Behörden das Deutsche entweder vollständig gestrichen oder doch so eingeschränkt, daß es innerhalb eines Jahres von den Schulen so gut wie verschwunden sein wird.

Rußland will neutral bleiben. In Anbetracht der systematischen tendenziösen Berichte der ausländischen Presse, daß Rußland beabsichtige, ein Bündnis bald mit Deutschland, bald mit der antideutschen Koalition zu schließen, ist die Petrograder Telegraphenagentur ermächtigt zu erklären, daß Rußland neutral zu bleiben wünscht. Es hat durchaus nicht die Absicht, mit irgendeiner der kämpfenden Koalitionen sich zu verbinden.

Die Volksabstimmung im Batumgebiet. Zu dem Bericht über die Vornahme einer Volksabstimmung im Batumgebiet wird uns von dem Mitglied des sozialdemokratischen transkaukasischen Zentralkomitees mitgeteilt, daß eine Volksabstimmung durch eine Okkupationsmacht und ohne jede rechtliche Kontrolle absolut nicht als maßgeblich betrachtet werden kann. Die georgische Regierung hat dagegen bereits einen öffentlichen Protest erlassen. Auch ein in Berlin anwesender Vertreter der im Batumgebiet wohnhaften Mohammedaner hat sich diesem Einspruch gegen die türkischen Methoden angeschlossen.

Honduras hat am 19. Juli Deutschland den Krieg erklärt. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen ist am 18. Mai erfolgt.

Die farbigen Franzosen. „Temps" zufolge haben die französischen Kolonien bisher 680 000 Soldaten und 238 000 Arbeiter nach Frankreich geschickt.

Rückkehr deutscher Sanitätssoldaten aus Frankreich. In Konstanz kamen am Montagabend aus Frankreich 370 deutsche Sanitätssoldaten, darunter zwei Sanitätsoffiziere und zwei Aerzte, an.

Lichtlose Nächte. „Matin" berichtet aus New York, daß die Regierung für unbestimmte Zeitdauer ab 25. Juli für die Staaten New England, New Jersey, New York, Pennsylvanien, Delaware und Maryland sowie für den Distrikt Columbia vier lichtlose Nächte, in den übrigen Staaten zwei lichtlose Nächte in der Woche angeordnet habe.

Der Gesetzentwurf für die Zahlung der Jahresklasse 1920 in Frankreich sieht keinen Zeitpunkt für die Einberufung vor, der von den militärischen Ereignissen abhängen wird. Die Vorlage wurde dem Heeresausschuß der Kammer zur Prüfung überwiesen.

Politische Uebersicht.

Der richtige Kandidat.

Die Konservativen haben für die Landtagsersatzwahl in Stolp-Lauenburg den Pastor D. Philipps aus Charlottenburg aufgestellt. Herr Philipps ist der angenehme Herr, der im Winter 1916/17 in seinem Blatte, der „Reformation", folgendes schrieb:

„Gott sei Dank, daß der Krieg gekommen ist; ich sage es auch noch heute, im dritten Kriegsjahr. Und Gott sei Dank, daß wir noch keinen Frieden haben: ich sage es auch heute noch, trotz der vielen Opfer. Darum sage ich noch einmal: Gott sei Dank, daß wir den Krieg haben. Er allein kann unser Volk noch retten, wenn es überhaupt noch möglich ist, wie wir zuversichtlich hoffen. Er ist das größte Operationsmesser, mit dem der große Arzt der Völker die furchtbare, alles vergiftende Eiterbeule aufschneidet. Und Gott sei Dank, daß wir noch keinen Frieden haben. Die Wunde würde sich bald wieder schließen und das Uebel würde ärger werden, denn zuvor."

Von dem vielen Schändlichen, was dieser Krieg hervorgebracht hat, gehört diese Aeußerung des orthodoxen Ehrendoktors der Theologie und ehemaligen Freundes von Stöcker mit zu dem Schändlichsten. Die Konservativen aber sagen sich: Gerade den Mann brauchen wir für unsere Landtagsfraktion! Und so wird diese Zierde der evangelischen Kirche binnen kurzem auch eine Zierde des Dreiklassenhauses sein. Solange Preußens Volk sich dieses Wahlrecht gefallen lassen muß.

Eine königliche Hofschauspielerin.

Roman von Ludwig Bendler.

(Nachdr. verb.)

Willi zog höflich seinen Hut vor Jenny. Sie dankte mit leichter Kopfbeugung, nahm dabei aber auch im Nu die Erscheinung ihres Gegenübers zur Aburteilung in sich auf.

Gar nicht schön, dachte sie, wacker häßlich sogar. Und dazu die fast unscheinbare Figur —? Um Minne zu werben, wenig genug an ihm.

„Ich war in Gedanken bereits auf dem Wege zu Ihnen, Fräulein Herzog", wendete sie sich wieder ganz an diese, „um Ihnen zu dem Ereignis, von dem die Stadt spricht, Glück zu wünschen — zu Ihrer Verlobung."

„Danke, Liebe." Daniela reichte der Gratulantin die Hand. „Aber der mir zugedachte Besuch ist Ihnen damit nicht geschenkt. Sie kommen bald zu einem Plauderstündchen, ja?"

Fräulein Rohland versprach es. „Aber wir verlieren Sie doch nicht durch Ihre Heirat?"

„Durch die Verlobung wenigstens noch nicht, in absehbarer Zeit doch wohl."

„Nach Frankfurt am Main geht Herr Rohaschek?"

„Er ist sogar schon fort und beteiligt sich bereits an den Geschäften. Sein Arbeitsfeld wird kein geringes sein, wie etwa hier. Wir hoffen, daß er dort mehr Würdigung findet."

„Unschwer. Fräulein Herzog, denn hier —!" Jenny Rohlands Züge, durch die Begrüßung etwas aufgefrischt, verdüsterten sich wieder. Waren auch Wunsch und Wille in ihr lebendig gewesen, sich von ihrer Affäre mit Czadek nichts merken zu lassen, dauernd unbefangen zu erscheinen, gelang ihr doch nicht.

„Denn hier —?" fragte Daniela, Jenny fixierend. „Wenn man, wie doch auch Sie, auf der Höhe steht —!"

„Mit einer neuen schönen Aufgabe vor sich, gnädiges Fräulein —", mischte sich auch Willi jetzt in das Gespräch. „Das neue Tanzpoem, besonders aber die Partie der Gernand soll, wie ich mir sagen ließ, nichts Alltägliches sein."

„Gewiß nicht, beides wunderschön, allein —" Jenny Rohland stockte, ein nicht zu überwindendes Schluchzen behinderte sie am Weitersprechen.

Daniela und Willi Cornelius standen peinlich berührt. Besonders der letztere, als der Tänzerin gänzlich fremd, fühlte sich hier überflüssig.

„— allein?" Daniela empfand richtig, doch endlich trotz alles Peinlichen die offene Frage zum Abschluß bringen zu müssen.

Jenny kämpfte mit sich, was erwidern. „Ach, dieser Czadek!" stöhnte sie dann. „Daß ich nicht —"

„Er hat Ihnen die Partie abgenommen?" fragte Daniela teilnehmend.

Die Rohland bejahte. „Um sie einem neuen Günstling, Fräulein Basson, zu geben."

„Fräulein Basson?" Daniela schüttelte den Kopf. „Dieser gerade?"

„Oh, daß ich nicht ein Mann bin —!"

„Um was zu tun, gnädiges Fräulein?" fragte Willi das aufgebrachte Mädchen.

„Ihn — ihn niederknüppeln, den — Schurken!"

„Haben Sie niemand, Ihre Sache auf legalerem Wege zu führen?"

„Niemand, keinen Menschen, dann aber auch: legale Wege —! Hat es die denn beim Theater je gegeben?"

„Selten — hin und wieder aber doch. Ich möchte Ihnen raten, gnädiges Fräulein, sich an Herrn Geheimrat Ackermann zu wenden."

„Er, sowie Exzellenz sind nie zu sprechen", warf die Rohland spöttisch hin, schon halb fertig mit der Sache.

„Der Geheimrat doch am Ende. Wenn Sie aber sicher gehen und sich meiner Führung anvertrauen wollen, kommen Sie mit mir zu meinem Vater —"

„Zu Ihrem Vater, Herr —?" Jenny hatte auf den Namen kaum gehört, und wußte nicht, was dieses jungen Herrn Vater bei der Sache sollte.

„Cornelius, gnädiges Fräulein. Er ist Kanzleirat bei der Intendantur —"

„Ach, Herr Cornelius —!"

„— und verschafft Ihnen sicher, was Sie brauchen: Gehör beim Herrn Geheimrat."

„Nicht möglich", entgegnete, noch halb zweifelnd die Tänzerin, wurde aber auch von Daniela weiter ermutigt.

„Der Vorschlag ist gut", bekräftigte diese. „Säumen Sie nicht, ihn anzunehmen. Ein glücklicher Zufall vielleicht, daß wir uns trafen."

Willi Cornelius lüftete den Hut gegen Daniela. Er stand schon auf dem Sprung, Jenny zu führen. Es wäre fatal gewesen, hätten sie seinen Vater nicht mehr auf dem Bureau getroffen.

Die Tänzerin zögerte denn auch nicht, sich ihm nach kurzem Abschied von Daniela anzuschließen.

„Da nannte ich ihn klein, bewertete ihn unbedeutend", sagte sie zu sich, „er aber widerlegt mich drastisch gleich durch einen großen Dienst, den er mir leistet."

Sie bat ihn in Gedanken reuig ab.

Eine Viertelstunde später saß Fräulein Rohland dem Herrn Geheimen Regierungsrat Ackermann in dessen Amtszimmer gegenüber und schüttete ihm ihr Herz aus.

8. Kapitel.

Den Doktor Rittershaus hatte zweimal in der vergangenen Nacht die Berufspflicht aus dem Bett genötigt. Er war halt arg müde.

Jetzt lag er, zu einem Mittagsschläfchen mit bequemer Garderobe, Hausrock und Morgenschuhen angetan, vom lästigen Stehkragen befreit, auf seiner Chaiselongue und wollte gerade in das Reich der Träume hinüberschlummern, als es an seiner Wohnungstür schon wieder klingelte.

Doch nichts Dringendes? — Seine Haushälterin, ein Muster von Sorglichkeit für seine Person, war angewiesen, ihn nur in solchen Fällen zu wecken. Andere Patienten sollten auf die übliche Sprechstunde zwischen drei und vier wiederbestellt werden. Göttlicher Asklepios! Ein Arzt, selbst der gewissenhafteste, bleibt doch am Ende auch nur Mensch.

Rittershaus lauschte, schon halb eingenickt, nach dem Korridor hinaus. — Es mußte doch wohl was Besonderes sein, denn Fräulein Neumann verhandelte erst des längeren an der Entreetür. Hierauf ließ sie den gekommenen Besuch eintreten, geleitete ihn in das Wartezimmer und näherte sich dann zögernd dem Zimmer des Doktors vom Korridor her.

Zunächst vermied sie es, zu klopfen und versuchte bloß, sich durch stimmlichen Anruf bemerkbar zu machen.

„Herr Doktor? Bitte, Herr Doktor!"

„Ja? Schockschwere — was gibt's denn schon wieder?"

„Eine Dame ist da."

„Welche Dame, was für eine?"

„Sehr fein gekleidet, vornehm und — hübsch." Alles mußte Fräulein Neumann selbstverständlich flüstern, denn die Anzumeldende sollte doch nicht auch hören, wie man sie charakterisierte.

„Was fehlt ihr?" fragte Rittershaus, der sich aufgerichtet und die Beine schon wieder von der Chaiselongue herunter hatte.

„Ihr gar nichts, aber —"

„Aber zum Satan, was stören Sie mich denn da?!"

„Dem Kinde fehlt doch was, das mit ihr ist."

„Dem Kinde?"

Jetzt stand Doktor Rittershaus schon aufrecht — wegen eines Kindes, dem etwas fehlte, im Nu. Alle Schläfrigkeit war da schnellstens von ihm abgestreift.

Seine Tür öffnend, ließ er jetzt die Haushälterin zu sich herein. Die konnte ihn getrost im Negligé sehen, er sogar die Metamorphose zum Salonmenschen in ihrer Gegenwart vornehmen.

(Fortsetzung folgt.)

Abg. Bauer über die Versammlungs-Freiheit.

Nach dem amtlichen Stenogramm des Reichstags führte der Abg. Bauer (Soz.) folgendes über die Versammlungsfreiheit in Schlesien aus:

Meine Herren, das Belagerungszustandsgesetz gibt den Militärbehörden eine ungeheure Macht. Leider können wir nicht sagen, daß allgemein von dieser großen Macht der richtige Gebrauch gemacht wird. Der Grundsatz, den der Herr Vorredner hier erwähnte, den der Deutsche Kaiser beim Ausbruch des Krieges proklamierte: „Ich kenne keine Parteien mehr", gilt für einen Teil dieser Militärbehörden nicht. Beschwerden über Beschwerden sind im Laufe der Jahre über die Art, wie das Belagerungszustandsgesetz gehandhabt wird, hier vorgebracht worden. Es ist auch häufig Abhilfe versprochen worden. In Wirklichkeit hat sich aber nichts geändert, nichts gebessert, im Gegenteil, es ist schlimmer geworden. Die Militärgewalt hat sich vielfach in den Dienst gewisser politischer, meist natürlich reaktionärer und eroberungslüsterner Kreise gestellt. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Die Geschichte der Vaterlandspartei ist, glaube ich, ein wenig rühmliches Kapitel für unsere Militärbehörden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Art, wie hier häufig parteiisch verfahren worden ist, hat ja im Reichstage bereits gerechte Entrüstung ausgelöst, eine Entrüstung, die bei der großen Masse des deutschen Volkes allgemein vorhanden ist.

Das System der Bevormundung zeigt sich am allerschlimmsten in Schlesien, im Bereich des VI. Armeekorps. (Zuruf links.) — Das allerschlimmste, glaube ich, bleibt immer das VI. Armeekorps! — Daß in dessen Gebiet in öffentlichen Versammlungen seit Monaten nicht gesprochen werden darf, daß diese verboten sind, ist ja bekannt; daß aber auch die einfachsten Mitgliederversammlungen wie

zu Zeiten des schlimmsten Polizeiregiments

überwacht werden, ist denn doch kaum zu verstehen. In der Kette der Versammlungsverbote machten die Frauenversammlungen bisher noch eine gewisse Ausnahme. Unter welchen Umständen aber eine Rede in Frauenversammlungen im Bereich des VI. Armeekorps erlaubt ist, das zeigt die folgende Genehmigung des Landrats in Neustadt:

Die Abhaltung der Versammlungen am 26. d. M. im Liebiaschen Lokal hierselbst und am 27. d. M. im Lokale des Paul Fuchs in Deutsch-Rasselwitz wird hiermit unter der Bedingung genehmigt, daß in den Versammlungen keinerlei Angriffe gegen andere Parteien, gegen die Behörden oder die Arbeitgeber erfolgen, und daß auch sonst alles vermieden wird, was geeignet ist, die in der jetzigen Zeit besonders notwendige Einigkeit unter der Bevölkerung zu stören oder militärische Interessen zu gefährden. (Hört, hört! b. d. Soz.) Eine Aussprache wird nicht gestattet. (Hört hört! b. d. Soz.) In der Versammlung dürfen Fragen, die mit dem Gegenstande der Tagesordnung nichts zu tun haben, nicht erörtert werden, politische Angelegenheiten dürfen nicht besprochen werden. Hierzu gehört das Frauenstimmrecht und das Frauenwahlrecht sowie die Erörterung der Friedensfrage. Ich ersuche, bei Abhaltung der Versammlungen nicht gegen vorstehende Bestimmungen zu verstoßen. Ich gebe anheim, dem Redner, Herrn Löbe in Breslau, von der Genehmigung Nachricht zu geben. (Zurufe b. d. Soz.)

Es ist der Landrat in Neustadt, der aber lediglich das schreibt, was das Generalkommando in Breslau ihm vorgeschrieben hat. Alle diese Versammlungsgenehmigungen haben denselben Wortlaut.

Schließlich kommt dazu noch eine Bestimmung, daß es verboten ist, in diesen Frauenversammlungen Mitglieder für die sozialdemokratische Partei zu werben, (Hört, hört! b. d. Soz.) da dies auch eine politische Angelegenheit sei. Es wurde deshalb jede Aufforderung,

dem sozialdemokratischen Verein beizutreten,

von dem Ueberwachenden sofort unterdrückt.

Meine Herren, man kann eigentlich sagen: wir sind in einer Zeit, wo es, wie mein Herr Vorredner sagte, keine Parteien mehr geben sollte, glücklich wieder bei der Methode der Sozialistengesetzes angelangt. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Während man den Sozialdemokraten die politische Tätigkeit lahmlegt, kann man im „Guhrauer Anzeiger" über die Tätigkeit für die vom Minister des Innern ja für politisch erklärte Vaterlandspartei folgendes lesen:

Am vergangenen Sonnabend hielt der vaterländische Kreisverein Guhrau im Rathaussaal in diesem Jahre seine erste Sitzung ab, zu der sämtliche Guts- und Gemeindevorsteher eingeladen waren. Es waren gegen 140 Personen erschienen. Um 10¼ Uhr eröffnete der Vorsitzende, der Königliche Amtsrat Herr v. Bernuth, die Sitzung mit einer Begrüßungsansprache und sagte etwa: schwere Zeiten haben wir hinter uns, aber noch schwerere stehen uns bevor; schwerer als die wirtschaftlichen sind zur Zeit die politischen Bestrebungen, da sich die Sozialdemokraten mit Matthias Erzberger als die Leute der kommenden Zeiten, namentlich als Friedenshelfer ansehen. (Heiterkeit b. d. Soz.) Da heißt es Front zu machen gegen diese Bestrebungen, um einen Siegfrieden und

keinen Scheidemannfrieden zu erlangen.

Nachdem Herr v. Bernuth seine Begrüßungsansprache beendet, fordert er auf zum Beitritt in die Vaterlandspartei und zum Werben neuer Mitglieder. Hierzu erbat sich der Vorsitzende der Kreisgruppe, Herr Amtsrichter Naumann, das Wort; er gab einen Rückblick auf unsere glänzende militärische Stellung an allen Fronten und sagt, welchen Vorteil unsere Feinde, namentlich die Engländer, daraus ziehen würden, wenn die Lage umgekehrt stände. Groß sind die linksstehenden Parteien durch den früheren Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg geworden, und deshalb war die Vaterlandspartei, deren geistiger Vater der Bürgermeister Körte, Königsberg, ist, dringend notwendig, die keine politische ist und nur einen fürs Vaterland günstigen Frieden zum Ziele hat, um einen wirklichen Siegfrieden und keinen Scheidemannfrieden zu erlangen. Der Verein trat der Vaterlandspartei als körperschaftliches Mitglied bei. (Hört, hört! b. d. Soz.) Also im Beisein und

unter Vorsitz der Königlichen Beamten

der Untergebenen des Ministers, kann man in einem landwirtschaftlichen Verein Mitglieder für die Vaterlandspartei werben. Uns Sozialdemokraten verbietet man die gleiche Tätigkeit.

Das wiederholt sich immer wieder. Auch bei der landwirtschaftlichen Tagung in Breslau wurden von dem bekannten Abgeordneten Wildgrube ungestört die heftigsten politischen Reden gehalten. Das, meine Herren, wird vom stellvertretenden Generalkommando des sechsten Armeekorps geduldet, ja ich glaube überzeugt sein zu können, daß diese Art von Tätigkeit sogar gefördert wird, (Hört, hört!) während man uns wie gesagt, jede Tätigkeit unterbindet.

Aber ich könnte Ihnen noch einige andere schöne Beispiele dafür mitteilen, was die Vaterlandspartei alles darf. In der „Schlesischen Dorfzeitung", die im Wohlauer Kreise erscheint, erschien folgende Bekanntmachung:

Landw. Hausfrauen-Verein.

Sonnabend, den 1. Dezember, nachmittags 3 Uhr, Monatsversammlung im „Deutschen Hause". Unterweisung von Frau Sauber-Krüger über Verwendung getragener Kleidungsstücke, Anfertigung von Staubzeug, über Schnellkocherei und ein Spar- und Arbeitssystem. Geschäftsbericht und Ausgabelung.

Soweit wäre nichts dagegen zu sagen. Nun kommt die Hauptsache:

Vortrag von Herrn Professor Wende über den „Zweck der Vaterlandspartei". Abstimmung behufs Beitritt des Vereins. Um möglichst vollzähliges Erscheinen der Mitglieder wird gebeten. Nichtmitgliedern, auch größeren Kindern, ist die Beteiligung in Anbetracht der gemeinnützigen Belehrungen gern gestattet. Papier und Schere zur Anfertigung von Schnitten sind mitzubringen.

Der Vorstand.

Wohlau liegt im Bereich des Generalkommandos des 6. Armeekorps, das für seine Bezirke alle öffentlichen Versammlungen verboten hat, was der Presse wiederholt zu öffentlichen Erörterungen Anlaß gegeben hat. In Wohlau aber darf Professor Wende, der Vorsitzende der Vaterlandspartei und des konservativen Wahlvereins, in einer öffentlichen Versammlung — von Nichtmitgliedern, auch größeren Kindern — für die Vaterlandspartei werben. Der Herr Professor Wende hat übrigens, wie uns geschrieben wird, auch den Kriegerverein für die Zwecke der Vaterlandspartei mißbraucht. Dem Kriegsministerium sind diese Beschwerden unterbreitet und etwa 21 ähnliche Fälle mitgeteilt worden. Aber auch diese Beschwerde hat nicht den geringsten Erfolg gehabt. Den Sozialdemokraten verbietet man jede öffentliche Versammlung, auch ohne daß Kinder daran teilnehmen.

Aber auch Versammlungen, die selbst

im Einverständnis mit dem Landrat

des Kreises einberufen werden, verfallen dem Verbot, wenn Sozialdemokraten in dieser Versammlung als Redner auftreten sollen. Auf Wunsch des Königlichen Landrats des Kreises Falkenberg sollte eine große Versammlung in Falkenberg stattfinden, zu der aus dem ganzen Kreise Teilnehmer ihr Erscheinen zugesagt hatten. Der Landrat wollte die Versammlung abhalten, um Aufklärungen über die Ernährungsschwierigkeiten zu geben, und er wünschte, daß auch ein sozialdemokratischer Redner in dieser Versammlung spreche. Er hatte sich an den sozialdemokratischen Parteisekretär wegen des Arrangements der Versammlung gewendet. Dieser beantragt die Genehmigung für die Versammlung; denn bekanntlich muß jede Versammlung im Bereiche des VI. Armeekorps genehmigt werden. Darauf erhielt er folgenden Bescheid:

Ihren Antrag vom 5. d. M. habe ich dem stellvertretenden Generalkommando vorgelegt. Letzteres hat die Versammlung nicht genehmigt und mich beauftragt, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Das mußte der Landrat, der selbst die Versammlung angeregt hatte, dem Antragsteller schreiben:

Versammlungen, in denen die die Arbeiter angehenden besonderen Verhältnisse erörtert werden sollen, genehmigt das Generalkommando stets. Dagegen werden Versammlungen zur Erörterung allgemeiner politischer Fragen mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse im Korpsbereich zurzeit nicht zugelassen. Ihnen dürfte dies bekannt sein.

Trotzdem kämen Sie immer wieder

mit Anträgen auf Zulassung von Versammlungen zur Erörterung innerpolitischer Fragen, die die gesamte Bevölkerung angehen, oder Sie geben Themata so allgemeiner Art an, daß überhaupt nicht ersichtlich ist, in welcher Richtung sich die Vorträge bewegen sollen. Da Sie von dem stellvertretenden Generalkommando auf die Unzulässigkeit dieses Verhaltens bereits hingewiesen worden sind, aber daran festhielten, sei es ersichtlich, daß Sie weder den Wunsch noch die Absicht hätten, der Stellungnahme des Generalkommandos Rechnung zu tragen. In Zukunft wird das Generalkommando derartige Gesuche von Ihnen nicht mehr beantworten.

gez. v. Reibnitz.

(Hört, hört! b. d. Soz.) Das war die Antwort auf das Gesuch um die Genehmigung einer Versammlung, in der auf Wunsch des Landrats die Ernährungsschwierigkeiten unter Mitwirkung des Landrats erörtert werden sollten. (Hört, hört! b. d. Soz.) Der Parteisekretär der sozialdemokratischen Partei Scholich in Breslau, der den Bescheid bekommen hat, den ich eben hier verlesen habe, wurde am 14. Februar d. J.

plötzlich militärisch eingezogen.

Er war seit Kriegsausbruch Soldat, seit einem halben Jahre auf Reklamation zurückgestellt, weil er nur g. v. Heimat gemustert war. Der Grund für diese plötzliche Einberufung lag darin, daß Scholich in Wahrnehmung der Interessen der Kriegerfrauen zahlreiche Beschwerden wegen der Verweigerung der Familienunterstützung bei den vorgesetzten Behörden eingereicht hatte. (Hört, hört! b. d. Soz.) und daß er eine große Zahl von Beschwerden wegen der parteiischen Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts durch das stellvertretende Generalkommando und die ihm untergeordneten Stellen erhoben hatte.

Scholich war als Unteroffizier Leiter der Militärabteilung beim städtischen Arbeitsnachweis in Breslau. Er hatte diesen Nachweis selbst eingerichtet und fast ein Jahr bis zu seiner Reklamation zu allseitiger Zufriedenheit verwaltet. Das geht aus dem Zeugnis, das ihm beim Ausscheiden aus dem Heeresdienst im September 1917 von seinem Hauptmann und Aufsichtsoffizier ausgestellt wurde, hervor. Es heißt in dem Zeugnis:

Militärabteilung beim
städtischen Arbeitsnachweis
Breslau V, Gartenstr. 3.

Breslau, den 27. September 1917.

Der Unteroffizier Gustav Scholich der 2. Komp. 1. Ersatz-Bataillons Inf.-Regts. 51, geboren am 23. Februar 1879, hat vom 11. November 1916 bis 25. Juli 1917 unter meiner Aufsicht der Militärabteilung des städtischen Arbeitsnachweises Breslau selbständig geleitet. Mit anerkennenswertem Eifer und großem Fleiß hat er seine Aufgaben jederzeit zu meiner vollsten Zufriedenheit gelöst. Im Verkehr mit den zu vermittelnden Kriegsverletzten sowie den Arbeitgebern legte er eine erfreuliche Gewandtheit an den Tag.

Ich wünsche ihm für sein weiteres Fortkommen alles Gute.

gezeichnet Krause,
Hauptmann und Aufsichtsoffizier.

Meine Herren, ein solches Zeugnis von einem vorgesetzten Hauptmann will doch schon etwas bedeuten! Dieser Scholich hat in seiner Eigenschaft als Parteisekretär nun nicht etwa irgendeine Agitation betrieben, die dem Gedanken des Durchhaltens, der von der Militärverwaltung schließlich ja in ganz verständlicher Weise in erste Linie gestellt wird, irgendwie entgegengewirkt hätte; im Gegenteil: er hat dadurch, daß er den berechtigten Beschwerden als Anwalt beitrat,

daß er den Kriegerfrauen Hilfe leistete,

außerordentlich viel dazu beigetragen, daß die Stimmung einigermaßen aufrechterhalten wurde. Aber wer sich irgendwie unbeliebig macht und bei den Behörden dort häufiger Beschwerden anbringt, kann von vornherein mit aller Sicherheit darauf rechnen, daß ihn die militärische Einziehung ereilt. (Hört, hört! b. d. Soz.) Scholich wurde dann bei seiner Einziehung nicht wie früher in Breslau verwandt, sondern er kam zum Ersatzbataillon des Landwehr-Infanterie-Regiments 51 nach Ratibor. Von seinem früheren Hauptmann wurde dann ausdrücklich beantragt, ihm den Mann wiederzugeben, weil er ihn nötig brauche. Da erklärte aber der Leutnant in Ratibor, dem Scholich untersteht, daß Scholich

extra nach Ratibor versetzt worden sei,

weil er von Breslau weg sollte. (Hört, hört! b. d. Soz.) Also nicht nur, daß seine Einziehung auf eine Meßregelung zurückzuführen ist, sondern er wird noch in ein verlassenes Nest gesteckt, wo seine Fähigkeiten nicht im geringsten verwandt werden können, während der Posten, den er mit viel Erfolg bekleidet hat, von unzureichenden Kräften versehen werden muß!

Bei den Beschwerden, die wegen der ungleichmäßigen Handhabung des Versammlungsrechts im Bezirke des VI. Armeekorps erhoben worden sind, wurde unter anderem auch der Nachweis erbracht, daß die Vaterlandspartei allein in 40 Orten Versammlungen abgehalten und Ortsgruppen errichtet hat, während man der sozialdemokratischen Partei nicht eine öffentliche Versammlung und auch nicht einmal Mitgliederversammlungen genehmigt hat. (Hört, hört! b. d. Soz.) Auch dem sozialdemokratischen Verein in Breslau werden fortgesetzt die größten Schwierigkeiten gemacht. Eine Mitgliederversammlung, in der Berichterstattung über den Würzburger Parteitag erfolgen sollte, wurde verboten (Hört, hört! bei den Soz.) mit der geistreichen Begründung, daß dabei politische Angelegenheiten zur Sprache kommen könnten. (Heiterkeit b. d. Soz.) Um Gründe ist man ja nie verlegen: die kann sich auch der dümmste Kerl ausdenken.

Wir als Abgeordneten — ich ließ das erst schon durchblicken — ist es ganz unmöglich, mit meinen Wählern in irgendeiner Weise in Berührung zu kommen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Man verbietet jede Versammlung, gleichgültig, ob es sich um eine öffentliche oder um eine Mitgliederversammlung handelt. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die sozialdemokratische Partei Breslaus hatte für den Monat Februar die Absicht,

eine öffentliche Wählerversammlung

einzuberufen, in der ich Bericht über die parlamentarische Tätigkeit erstatten sollte. In dem Rundschreiben des Kriegsministers, das ich vorhin erwähnte, heißt es ausdrücklich: diese Versammlungen sollen einstweilen genehmigt werden. Im VI. Korps denkt man nicht daran. In dem ablehnenden Bescheide heißt es:

Oeffentliche Versammlungen, in denen politische Fragen erörtert werden sollen, können zurzeit im Festungsbereich Breslau nicht zugelassen werden, da diese Versammlungen der einen Partei andere zur Gegenwehr herausfordern und somit geeignet sind, Erregung in die Bevölkerung zu tragen. Ich kann daher die Genehmigung zu der erbetenen Versammlung am 18. Februar 1918 im großen Saal des Schießwerders nicht erteilen.

Der sozialdemokratische Verein machte nun den Versuch, wenigstens eine Mitgliederversammlung genehmigt zu bekommen, in der ich über meine parlamentarische Tätigkeit berichten sollte; aber, meine Herren, auch diese Versammlung wurde verboten. (Hört, hört! b. d. Soz.) Es heißt:

Oeffentliche und politische Versammlungen und solche Mitgliederversammlungen, die wegen der unberechenbaren und schwer übersehbaren Zahl der Teilnehmer den öffentlichen gleichgeachtet werden müssen, sind zurzeit allgemein im hiesigen Bezirk verboten.

Weil der sozialdemokratische Verein eine große Mitgliederzahl hat, darf er keine Mitgliederversammlung abgehalten, denn diese Mitgliederversammlung könnte einer öffentlichen Versammlung gleichgeachtet werden.

Die Maßnahme muß erfolgen, weil politische Aeußerungen von Parteien Gegenäußerungen anderer Parteien hervorrufen, welche lediglich die bereits bestehende Spannung unter den Bevölkerungsklassen verschärfen und den Burgfrieden gefährden.

Die Aeußerungen in den Versammlungen der Vaterlandspartei, von denen ich hier einige wiedergegeben habe, sind allerdings nach Ansicht des Generalkommandos geeignet, den Burgfrieden zu stören; die anderen dürfen sich eben nicht erregen über die Angriffe, die in jenen Versammlungen gegen sie gerichtet werden.

Dann, meine Herren, wurde aber weiter der Versuch gemacht, wenn schon

über die parlamentarische Tätigkeit

nicht gesprochen werden darf, ob man mich in der Mitgliederversammlung nicht über ein anderes, mehr neutrales Thema reden lassen würde, und es wurde die Genehmigung beantragt für eine Versammlung, in der ich über den Uebergang von der Kriegs- in die Friedenswirtschaft reden sollte. Meine Herren, aber auch diese Versammlung wurde verboten. (Hört, hört! b. d. Soz.) Es heißt:

Die Versammlung ist eine politische und muß, obwohl als solche nicht angemeldet, doch wegen der großen Zahl der in Frage kommenden Teilnehmer einer öffentlichen gleichgeachtet werden. Derartige Versammlungen können gegenwärtig grundsätzlich nicht zugelassen werden.

Meine Herren, Sie sehen in welcher Weise das Stellvertretende Generalkommando des VI. Armeekorps Parteipolitik der schlimmsten Art treibt (Hört, hört! b. d. Soz.) und die Machtfülle, die ihm durch das Belagerungszustandsgesetz gegeben ist, in einer Weise gebraucht, die, glaube ich, doch, wenn der Herr Kriegsminister als Militärbefehlshaber seine Aufgabe richtig verstehen würde, ihm die Verpflichtung auferlegte, gegen solche Vergewaltigung jedes Rechts einzuschreiten. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Meine Herren, diese Art, wie mir dort jedes Ins-Benehmen-Treten mit meinen Wählern unmöglich gemacht wird, ist lediglich darauf zurückzuführen, daß ich eben auch mehrfach Beschwerde über das Generalkommando führen mußte, und ich sage: es ist nichts weiter als ein Akt der Rache für diese meine Beschwerden, daß ich jetzt in dieser Weise dort behandelt werde. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Am schlimmsten sieht es auch bezüglich der

Behandlung der Gewerkschaften

im VI. Armeekorps aus. Bereits im Winter 1917 hat das VI. Armeekorps eine Verordnung erlassen, die eine lange Meldefrist für Versammlungen vorschrieb und die Abhaltung einer Versammlung von der vorherigen Genehmigung abhängig machte. Wegen dieser Verordnung habe ich persönlich im Kriegsministerium Beschwerde geführt. Herr General v. Wrisberg hat sich dafür eingesetzt, daß diese Verordnung zurückgezogen würde. Das ist geschehen, sie wurde aufgehoben und durch eine Verordnung vom 28. April 1917 ersetzt, in der es heißt, daß für alle öffentlichen und nichtöffentlichen Versammlungen — hierzu rechnen auch Gewerkschaftsversammlungen, soweit sich ihre Betätigung in dem durch die Novelle zum Reichsversicherungsgesetz festgesetzten Rahmen hält, — eine Genehmigung nicht mehr erforderlich ist. Ferner wird die Anmeldefrist auf 48 Stunden herabgesetzt.

Aber, meine Herren, diese Freude dauerte nicht lange. Ende Juni oder Anfang Juli traten

in Oberschlesien die Bergarbeiter in einen Streik.

Es war ein wilder Streik, dem die Organisationen völlig fernstanden, aber die Organisationen verschafften sich Einfluß und haben alles getan, wie selbst das Generalkommando anerkennen muß, um den Streik sobald als möglich beizulegen. Das ist auch gelungen, aber für das Generalkommando waren diese Streiks in Oberschlesien ein willkommener Anlaß, um sofort die alten Beschränkungen des Versammlungsrechts wieder einzuführen. Bereits am 7. Juli 1917 erschien eine Bekanntmachung, in der wiederum verlangt wird, daß Versammlungen 8—10 Tage vor den Versammlungstagen angemeldet werden und daß auch jede Versammlung genehmigt werden müsse. Auch Versammlungen, die Fragen wirtschaftlicher Art, insbesondere Lohn- und Arbeitsbedingungen, betreffen oder Angelegenheiten des vaterländischen Hilfsdienstes, müssen so lange vorher angemeldet werden und müssen genehmigt werden, sonst dürfen sie nicht stattfinden. Nun wäre ja eine solche Verordnung schließlich verständlich gewesen, lediglich vom militärischen Gesichtspunkte aus, wenn sie schließlich für das Streikgebiet in Oberschlesien ergangen und wenn sie dort als eine vorübergehende Maßnahme zur Anwendung gekommen wäre. Aber nein, meine Herren, diese Verordnung erging für den ganzen Korpsbezirk und insbesondere

auch für Breslau,

wo bis zu diesem Zeitpunkt während des ganzen Krieges nie der geringste Ausstand zu verzeichnen gewesen ist. (Fortsetzung folgt.)

A. L.

Familiennachrichten

Am 22. Juli verschied nach kurzem schweren Leiden unser lieber, guter Sohn, Bruder, Neffe und Cousin, der Schneider

Bruno Hanske

im blühenden Alter von 18 Jahren.

Er folgte seinem vor 2 Jahren gefallenen ältesten Bruder in die Ewigkeit nach.

Die tieftrauernden Eltern und Geschwister

Die Beerdigung findet Donnerstag, nachmittags 2½ Uhr, von der Kapelle St. Paulus statt. 5700

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands (Filiale Breslau).

Am 22. Juli verstarb unerwartet nach kurzer Krankheit unser Mitglied, der Schneider

Bruno Hanske

im Alter von 18 Jahren. 5710

Beerdigung: Donnerstag, 25. Juli, nachm. 3½ Uhr, v. d. Kapelle St. Paulus in Cosel aus.

Am 22. Juli, abends verstarb unser wertes Mitglied 5757

Fräulein

Gertrud Walter

im blühenden Alter von 19 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr

Frauen- u. Mädchenchor „Frohsinn".

Beerdigung: Donnerstag, nachm. ½2 Uhr, vom Elisabethiner-Kloster, Antonienstraße, nach Gräbschen.

Am 22. Juli verstarb unsere werte Kollegin

Fräulein

Gertrud Walter

im Alter von 19 Jahren. 5736

Ein ehrendes Andenken werden ihr bewahren

Die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Beerdigung: Donnerstag, nachm. ½2 Uhr, vom Elisabethiner-Kloster, Antonienstr., nach Gräbschen.

Am 22. d. Mts. verschied nach langem, schwerem Leiden unsere werte Kollegin und Mitarbeiterin

Martha Leufer

im blühenden Alter von 33 Jahren. 5745

Ein dauerndes Andenken werden ihr bewahren

Die Kolleginnen und Mitarbeiter der Firma Hydrometer.

Beerdigung: Donnerstag, den 25. Juli, 4½ Uhr, von der Leichenhalle St. Elisabeth in Gräbschen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Am 21. d. Mts. verstarb die Frau unseres Freundes und Verbandskollegen, des Stellmachers Zimpel,

Anna Zimpel geb. Marx

im Alter von 56 Jahren. 5739

Ehre ihrem Andenken!

Die Mitglieder der Zahlstelle Breslau.

Beerdigung: Donnerstag, nachm. ½3 Uhr, von der Halle des Kommunalfriedhofes Gräbschen.

Am 21. Juli starb nach langen schweren Leiden meine liebe Frau, unsere herzensgute, treusorgende Mutter, Schwieger- und Großmutter

Anna Zimpel geb. Marx

im Alter von 56 Jahren. 5695

Dies zeigen an

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung: Donnerstag, den 25. Juli, nachmittags 3½ Uhr, von der Halle in Gräbschen aus.

Freie Bibelforschergemeinde Breslau.

Das Mitglied

Frau 5726

Auguste Richter

ist im Alter von 83 Jahren gestorben.

Beerdigung Donnerstag, den 25. Juli, nachm. 3 Uhr von der Lehrerhalle Bernhardinstraße.

Damen-Filzhüte jeder Art. **Freund & Kreba** Karlstraße 30 an der Hofkirche. Annahme von Kaiserhüten.

Modern. Zahnersatz 4049 Kronen, Zahnziehen m. Betäub. Garantie, in 1 Tag a. Zahnziehung. **G. Reiprich,** Albrechtstr. Nr. 43. I.

Zeitweiligst u. anderes Gemüse billig und billig 5692 Lohmannstraße 17.

Lobe-Theater.

Max Walden-Gastspiel

Heute und folgende Tage:

Wo die Schwalben nisten.

Anfang 8 Uhr:

Schauspielhaus.

Operettenbühne. Tel. 2545.

Mittwoch 7½ Uhr:

Das Dreimäderlhaus.

Donnerstag, Sonnabend, Sonntag 7½ Uhr:

Drei alte Schachteln.

Freitag 7½ Uhr:

Die Rose von Stambul.

Liebich Theater

Heute abends 7½ Uhr:

Egon und seine Frauen

Gastspiel:

Irene Fidler

Ida Vané

Carl Siebold

Einen neuen Anzug od. Paletot 5591 **ohne Bezugsschein** erhält man durch wenden oder modernisieren bei **L. Grabsch, Breitestr. 32, II. Et.**

Schreber-gärten sind abzugeben in Opperau bei Breslau. Frau Schröter, Erbscholtisei Otto. 5522

Billig zu verkaufen: Kasten- u. Leiterwagen, Kinderwagen, Puppenwagen, Metallbettstellen für Kinder [4550 **B. Sudhaus, Ohlauerstr. 14.**

Viktoria-Theater.

Heute u. tägl. 8 Uhr:

Dollarprinzessin.

Zeltgarten.

Das grosse **Spezialitäten-Programm** **10** **Schlager.** 5708

Dominikaner!

Herrliches Garten-Varieté.

Neu! Die lustige Witwe Neu! II. Teil.

Neu! Eine fidele Brautnacht

Geschwist. Goßmann, beliebtes Damen-Duo.

Jeden Mittwoch 4 Uhr: Familien-Vorstellung. Erwachs. a. d. Saalpl. 19 Pf. Kinder m. Erwachs. 10 Pf.

Ausschneiden! Diese Annonce gilt f. Erw. für Mittwoch nachm. a. d. Saalplatz u. freien Eintritt. 5457

5552 **ZEPTER-KINO** Tauenzienstr. 47

Dienstag–Donnerstag Riesen-Spielplan:

Henny Porten Erloschenes Licht. Tragödie 3 Akte.

Castro, d. Abenteurer nach dem Kriminalroman: Prof. Nissens seltsamer Tod. 6 Akte.

Asta Nielsen: Das Waisenhauskind Drama, 6 Akte. Eintritt 35 Pfg. u. höher.

Arbeiter-Frauen berücksichtigt bei Euren Einkäufen stets die **Inserenten der „Volkswacht".**

Ein billiges Korsett nach Maß fertigen wir aus [5381 jedem Stoff aber gebrauchten Wäschestück welchen Sie uns bringen, unter Garantie für guten Sitz. **Werkstätten moderner Maßkorsetts Toska Gunkel** 31 Gartenstraße 31, Ecke Höfchenstraße. Haltestelle der Linien 7, 8, 15, 18, 22, 23. Fil.: Stettin, Posen, Danzig, Königsberg, Dresden.

Geld an Personen jeden Standes sofort zu vergeben. **H. BLUME,** Hamburg 5.

Führer durch die Kunstgeschichte

von **Ernst Schur.**

Inhalt:

Vorrede
Zur Einführung
Der Orient
a) Aegypten
b) Assyrien
c) Persien
d) Indien
e) China
f) Japan
Die Antike
Griechenland
Rom
Europa
a) Das Mittelalter
Der romanische Stil
Der gotische Stil
b) Die Renaissance
c) Barock
d) Rokoko
Die Kunst des 19. Jahrhunderts.
Wie sollen wir Kunstwerke betrachten?

Anhang mit 9 Abbildungen.

Preis anstatt 2.— Mk. nur 1.— Mk.

Buchhandlung „Volkswacht"
Modernes Antiquariat

„Der wahre Jakob". Sozialdemokratisches Witzblatt. Heft 15 Pf.

Vinzenzhaus, Sandstraße

Donnerstag, 25. Juli 1918, 8 Uhr abends

Die große Schlacht im Westen

Vortrag von Ingenieur Runkel

Generalstabsoffizier im Kriegspressequartier.

Das strategische Problem des Weltkrieges — Ueberblick über den Gang der kriegerischen Ereignisse — Der Siegeslauf der deutschen Heere — Die russische Revolution, der Wendepunkt — Zusammenbruch des feindlichen Kriegsplans — Die Offensive gegen Italien; der Auftakt des grossen Ans-Kampfes — Stunden der höchsten Spannung — Einsetzen der grossen Schlacht — Keil und Zange, Hindenburgs Kriegswerkzeuge — Gigantisches Ringen — Der U-Boot-Krieg, die umfassende Seeflanke — Schlussbetrachtung

Karten zu Mk. 1.50, 1.00, 0.50 im Verkehrsbüro Barasch und an der Abendkasse.

Durch Belgien

Wanderungen eines Ingenieurs vor dem Kriege

von I. Izart — H. Günther.

Mit 25 Abbildungen in einer Uebersichtskarte

bisher Mk. 3.—, nur Mk. 1.80

„Buchh. Volkswacht"

Modernes Antiquariat.

Alte und zerbrochene **Schallplatten** und **Phonographwalzen** 3461 kauft zu Höchstpreisen

Odeon-Musik-Haus Ohlauerstraße 64. Telefon 5508.

Lehrmeisterbücherei

die Nummer 30 Pfg.

Zu beziehen durch die **Volkswacht-Buchhandlung.**

• Arbeitsmarkt. •

Arbeitsmarkt-Inserate in der Volkswacht kosten die kleine Zeile **nur 20 Pfennige**

Buchbindermädchen jedoch nur solche, die tatsächlich in Buchbindereien tätig waren und mit allen einschlägigen Arbeiten vertraut sind, in dauernde Stellung gesucht.

Druckerei Schenkulowsky, Breslau V, Gartenstraße 19. [5702

Tüchtiger **Elektromonteur** mit eigenem Rad zur Beseitigung von Störungen in landwirtschaftl. Betrieben, besonders Drehstrommotoren, sofort gesucht.

Installations-Zentrale für Kraft- u. Lichtanlagen Kobertwitz. 5784

Näherinnen 5740 außer Haus sucht Heuer, Steinauer Straße 8.

Tüchtige Bügler oder Bügelerinnen können sich melden. 5731

C. Lewin, Theaterstraße 4.

---

10 tüchtige, selbständige **Elektromonteure** für Drehstrom (auch für Freileitungen) und landwirtschaftliche Anlagen, event. auch tüchtige Helfer, die schon länger in diesem Beruf arbeiten, sämtlich mit eigenem Rad, sofort gesucht.

Installations-Zentrale für Kraft- u. Lichtanlagen Kobertwitz. 5782

Automobilschlosser gesucht. 5492

Otto Beckmann & Co., Tauentzienstr. 124.

Kräftige Arbeiter und Arbeiterinnen gesucht. 5601

Fabrik technischer u. sanitärer Steingutwaren G. m. b. H., Breslau X, Matthiasstraße 198—202.

Tüchtige Zimmerer werden sofort eingestellt. 5686

Industriebau-Aktiengesellschaft, Zimmerstr. 8.

3—4 Klempner für dauernde Heeresarbeit sofort gesucht. 5691

Alexander Mager, Hundsfeld b. Breslau.

Jüngere branchekundige 5675 **Verkäuferin** und ein **Lehrmädchen** aus achtbarer Familie sucht

Arno Rothe, Glas- und Porzellangeschäft, Gräbschenerstraße 25.

Militär-Arbeit! **Schuhmacher** zum Einbinden von Militärstiefeln und **Holzschuh-Nagler** stellt ein 5703

Mech. Schuhfabrik, Andersenstr. 46.

Ehrlicher Nachtwächter gesucht. Meldungen bei 5711

Malzahn, Kaiser-Wilhelmstr. 12, I.

Zeitungsträgerinnen für Scheitnig und Nikolaitor zum baldigen Antritt gesucht.

Expedition der Volkswacht Neue Graupenstraße 7, I. rechts.

Tücht. Kutscher, guter Pferdepfleger, für Schurgebeld b. Breslau gesucht. Meldungen bei „Olex" Petroleum-Ges., Breslau, 5643 Goethestraße 45/47.

Photographie! Gehilfin für Alles findet sofort Stellung bei [5...] Samson & Co., Blücherplatz 20

Vorarbeiter für unser Alteisengeschäft gesucht, dauernde Stellung. 5725

Schweitzer & Feibelsohn Museumplatz 8.

Geübte [5738 **Musterbeutel-Näherinnen** sucht Buchdruckerei Neue Taschenstr. 30.

Kultur und Nation Preis 15 Pfg. Zu beziehen durch die Expedition.

Kauf

Kaufe alte Grammophon-Platten, auch in zerbroch. Zustande **zu höchsten Preisen** Zithern, Sprechapparate, und andere Musikwerke **Musikhaus Albert Jeske** Friedrich-Wilhelmstraße 89 Telephon 7209

Ich kaufe 5696 gebr. Möbel, Hobelbänke, Werkzeuge, jed. Posit. Leim, Politur, Lack, Firnis, Bodenleinw. u. and. z. hoh. Preis. **Wahler,** Friedrichstraße 17.

Verkauf

Verkauf 5698 gebr. Möbel, Kommoden, Bettstellen, Sofas, Tische, Stühle u. viel. andere billigst Friedrichstraße 17, Wahler.

Läuse Kopflläuse samt Brut vernichtet das Radikalmittel „Probiln" 1/1 Fl. mit Waschpulver M. 3.— 1/2 Fl. mit Waschpulver M. 4.50 Löwen-Apotheke, Kaiserstraße

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 24. Juli.

Jugendämter.

Während der langen Kriegsjahre hat die Jugend sehr gelitten und ist zum Teil arg verwahrlost. Um so mehr muß geschehen, die Jugend, die unsere Zukunft ist, zu hegen und zu pflegen. Ausgehend von dieser Einsicht ist jetzt dem preußischen Abgeordnetenhause der Entwurf eines Jugendfürsorgegesetzes mit eingehender Begründung zugegangen. Es wird darüber u. a. berichtet:

Der Jugendgesetzentwurf verpflichtet jeden Stadt- und Landkreis ein Jugendamt zu errichten, und erteilt außerdem den kreisangehörigen Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern die Befugnis, mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde besondere Jugendämter zu errichten.

Dieses Jugendamt ist zugleich Gemeindewaisenrat. Dadurch soll die bisher ehrenamtlich ausgeübte Tätigkeit des Waisenrates, deren Wichtigkeit besonders in den kleineren Gemeinden nicht genügend anerkannt wurde, zum Beruf erhoben und damit eine pflichtgemäßere Ausübung gesichert werden.

Das Jugendamt hat ferner u. a. der Verwahrlosung der Minderjährigen entgegenzuarbeiten, Berufsvormundschaften über uneheliche Kinder einzurichten und ein zweckentsprechendes Ineinandergreifen der gesamten Säuglings-, Kleinkinder- und Schulkinderfürsorge zu erwirken.

Den Kreisjugendämtern sollen — neben dem Landrat als Vorsitzenden — der Kreisschulinspektor, der Kreisarzt, je ein Geistlicher der evangelischen und katholischen Kirche und zwölf in der Jugendfürsorge erfahrene und bewährte Männer und Frauen, unter ihnen Aerzte, Lehrer, Geistliche und Vertreter der Jugendfürsorgevereine, angehören. Jedoch kann, um örtliche Schwierigkeiten zu vermeiden, auch die örtliche Schuldeputation oder eine andere örtliche Wohlfahrtseinrichtung entsprechend als Jugendamt ausgebaut werden.

Zur Unterstützung des Jugendamtes sind geeignete Personen, besonders Frauen, Schwestern, Fürsorgerinnen, Hebammen, als Waisenpfleger zu bestellen. Diese haben sich besonders um das Wohl der im Kindesalter stehenden Minderjährigen zu kümmern und bei der Aufsicht der Haltekinder mitzuwirken.

Die wichtigste Aufgabe des Jugendamtes ist die Ausübung der Berufsvormundschaften über die unehelichen Kinder. Ferner ist dem Jugendamt das Recht übertragen, den Antrag auf Fürsorgeerziehung an Stelle der Polizei und einzelner Kreisbehörden zu stellen.

Das Haltekinderwesen wird der Aufsicht des Jugendamtes unterstellt. Wer fremde, noch nicht sieben Jahre alte Kinder unehelicher Geburt gegen Entgelt oder ohne Entgelt oder ehelicher Geburt gegen Entgelt in Kost und Pflege nehmen will, bedarf der vorherigen Erlaubnis des Jugendamtes, in dessen Bezirk er seinen Wohnsitz hat. Diese Erlaubnis wird jeder Hausfrau grundsätzlich nur für zwei Kinder erteilt und erlischt bei jedem Wohnungswechsel oder wenn seit der Abgabe des letzten Haltekindes ein Jahr vergangen ist. Die Erlaubnis ist widerruflich.

Der letzte Abschnitt des Gesetzes bezieht sich auf die Unterstützung hilfsbedürftiger Minderjähriger. Die Armenverbände werden ermächtigt, auch Aufwendungen für die Erziehung und die Vorbildung zu einem Berufe zu machen.

Auch Breslau soll ein Jugendamt bekommen; die Vorarbeiten dafür sind bereits im Gange. Die weitverzweigte, umfassende Jugendfürsorge unserer Stadt und zahlreicher Vereine braucht dringend nötig die Zusammenfassung in einem Jugendamt, das überall anregend und helfend zur Hand geht. Hoffentlich wird das Breslauer Jugendamt recht bald errichtet, auch wenn das Jugendfürsorgegesetz es nicht verfügen sollte.

Zahltage der Wehrunterstützung für Juli 1918.

Nr. des Quittungsbuches	die erste Monatsrate wird gezahlt am	die zweite Monatsrate wird gezahlt am
Zahlstelle I Zwingerstraße 14, Feuerwehrsaal:		
1 — 3 000	27. Juli	12. August
3 001 — 6 000	29. „	13. „
6 001 — 9 000	30. „	14. „
9 001 — 12 000	31. „	15. „
12 001 — 15 000	1. August	16. „
15 001 — 18 000	2. „	17. „
18 001 — 21 000	3. „	19. „
21 001 — 24 000	5. „	20. „
24 001 — 27 000	6. „	21. „
27 001 — 30 000	7. „	22. „
Für Auswärtige	8. „	23. „
Zahlstelle II Blücherplatz 14, I:		
30 001 — 33 000	27. Juli	12. August
33 001 — 36 000	29. „	13. „
36 001 — 39 000	30. „	14. „
39 001 — 42 000	31. „	15. „
42 001 — 45 000	1. August	16. „
45 001 — 48 000	2. „	17. „
48 001 — 51 000	3. „	19. „
51 001 — 54 000	5. „	20. „
54 001 — 57 000	6. „	21. „
57 001 — 60 000	7. „	22. „
Zahlstelle III Breitestraße 35:		
60 001 — 62 000	27. Juli	12. August
62 001 — 64 000	29. „	13. „
64 001 — 66 000	30. „	14. „
66 001 — 68 000	31. „	15. „
68 001 — 70 000	1. August	16. „
70 001 — 72 000	2. „	17. „
72 001 — 74 000	3. „	19. „
74 001 — 76 000	5. „	20. „
76 001 — 78 000	6. „	21. „

2200 Häuser für Kleinwohnungen.

Mit dem Bau von Häusern für Kleinwohnungen scheint es in Schlesien jetzt vorwärts zu gehen. Wir lesen darüber in der „Kommunalen Praxis“:

„In der Provinz Schlesien sollen in Breslau 400, in Niederschlesien 600 und in Oberschlesien 1200 Häuser für Kleinwohnungen errichtet werden, zu deren Bau die zuständige Kriegsamtstelle die Freigabe der erforderlichen Materialien erwirken wird.“

Es ist dankbar anzuerkennen, daß sich die Kriegsamtstelle um die Freigabe der nötigen Baustoffe bemüht. Freilich muß auch das nötige Geld zum Bauen beschafft werden.

Schädigungen in der Löhnung durch fremdes Geld.

In den letzten Wochen haben sich bei uns Soldaten aus dem Felde wiederholt darüber beklagt, daß sie bei der Löhnung durch Zahlung fremden Geldes arg geschädigt werden. Und die Geschädigten fragten, ob denn dagegen nichts zu machen sei. Die gewünschte Aufklärung gibt Reichstagsabgeordneter Stücklen in seiner Militärkorrespondenz Nr. 18 vom 20. Juli; er schreibt:

In den besetzten Gebieten wird die Löhnung in der landesüblichen Münze ausbezahlt. Um eine Schädigung der Mannschaften zu vermeiden, wird der Umrechnungskurs der Mark zu der landesüblichen Münze jeweils vom Kriegsministerium festgesetzt.

In der Ukraine ist nun gelegentlich die Löhnung in österreichischen Kronen ausbezahlt worden. Bei dem niedrigen Kurs der Krone erlitten die Mannschaften eine erhebliche Einbuße. Der Generalquartiermeister hat deshalb bereits am 18. März 1918 angeordnet, daß in der Ukraine in erster Linie in Rubel zu zahlen ist und, wenn diese nicht zur Verfügung stehen, in Mark oder Kronen.

Diese Anordnung ist unter dem 18. April 1918 dahin abgeändert worden, daß Kronen zu den Zahlungen nicht mehr zu verwenden sind. Wenn trotzdem nach diesem Zeitpunkte Auszahlungen der Gebührnisse in Kronen erfolgt sein sollten, so kann sich das nach Ansicht des Kriegsministeriums nur auf Einzelfälle beschränkt haben, in denen die deutschen Heereskassen in Ermangelung einer deutschen Empfangsstelle, Kronen aus einer österreichischen Kasse vorschußweise entnehmen mußten. Die Verfügung ist den Truppen in der Ukraine bereits bekannt gegeben.

Die gleichen Schwierigkeiten haben sich auch in Rumänien ergeben und es steht zu hoffen, daß auch dort bald ein Ausgleich stattfindet.

Es ist also zu erwarten, daß Schädigungen in der Löhnung durch Zahlung fremden Geldes nicht mehr vorkommen.

Wie lebt man in Deutschland?

Miserabel — so wird wohl jeder unserer Leser antworten, wenn er auf diese Frage Bescheid geben soll. Und doch: jedes Ding hat zwei Seiten! Es gibt Länder und Städte, wo man neidvoll und verlangend auf die Rationen blickt, die wir noch erhalten, wo man sich nach unserem Lebensmittelzettel sehnt, weil man noch viel weniger hat. Unsere Parteiblätter in Nordböhmen, in Jägerndorf, Troppau, Reichenberg drucken aus der „Volkswacht“ den Wochenspeisezettel des Breslauer Magistrats mit der obigen Spitzmarke ab, um ihren Lesern zu beweisen, wie gut man bei uns noch versorgt wird! Gegen die Armseligkeit ihrer Versorgung nehmen wir uns also noch als Krösusse aus — unglaublich, aber wahr!

Uebrigens ist auch sonst das Walten unserer Nahrungsmittelstadträte oft Gegenstand von Anerkennung. Um die Versorgung mit Kirschen wurden wir fast in ganz Deutschland beneidet. Als Kuriosum dafür bringt der „Vorwärts“ die Tatsache, daß in Breslau 11 000 Kilogr. Kirschkerne gesammelt worden sind, in Berlin aber nicht einmal so viel Kirschen zu sehen waren. Auch die Versorgung der Stadt mit Gemüse ist viel vollkommener als in den meisten übrigen Großstädten Deutschlands gelungen. Wir verzeichnen alle diese Aeußerungen mit Genugtuung, Ehre wem Ehre gebührt!

Uebrigens sprechen uns auch viele Kriegsgemüsebauer ihre Freude aus über die Güte und Menge der Frühkartoffeln, die sie aus dem Saatgut der Magistratsstelle gezogen haben. Schade, daß nicht jede Familie Kriegsgemüsebau treibt, die Kartoffelnot wäre erheblich geringer.

Rüstungsarbeiter-Vorstellung.

Die nächste Vorstellung für kriegsbeschäftigte Arbeiter und Arbeiterinnen bringt eine Aufführung der beliebten Operette „Ein Walzertraum“. Die Vorstellung beginnt wie immer Sonntag nachmittag um 3 Uhr, die Ausgabe der Billets am Tage zuvor zur gleichen Stunde.

Neue Höchstpreise

für Mairüben, Möhren, Tafeläpfel und Wirtschaftsäpfel werden von der Provinzialstelle für Gemüse und Obst im Anzeigenteile bekanntgegeben.

Mangelhafte Kohlenversorgung.

Eine Korrespondenz meldet: Infolge der begrenzten, der allgemeinen Verteilung zur Verfügung stehenden Kohlenbestände gestaltet sich die Sommerversorgung der einzelnen Kommunalverbände, namentlich soweit sie nicht über günstige Verkehrsverhältnisse verfügen, recht schwierig. Nach Weisung des Reichskohlenkommissars werden in erster Linie diejenigen Kommunalverbände während der Sommermonate mit Kohlen versorgt, die abseits der größeren Verkehrswege liegen. Dadurch hat das Kohlenkontingent der meisten schlesischen Kommunalverbände eine starke Begrenzung erfahren müssen, sodaß sich vielfach eine weitere Herabsetzung der Kohlenmarken nicht hat vermeiden lassen. Infolge dieser Bestände ist es den heimischen Kommunalverbänden meist nicht möglich, nennenswerte Wintervorräte anzulegen. Unter diesen Umständen wird sich auch im kommenden Winter eine spürbare Knappheit an Hausbrandkohle ergeben. Auch die Gaserzeugung dürfte die vorjährige Gasproduktion nicht allzu wesentlich übersteigen, so daß auch auf diesem Gebiet mit größeren Verbrauchseinschränkungen gerechnet werden muß.

Arbeitszwang für uneheliche Väter.

Gleichzeitig mit dem Entwurf eines Jugendfürsorgegesetzes ist dem preußischen Abgeordnetenhaus ein Gesetzentwurf zugegangen, der den Arbeitszwang für uneheliche Väter fordert, die sich der Unterhaltspflicht gegenüber ihren Kindern entziehen. Die Regierung bezeichnet einen solchen Arbeitszwang als nötig, weil noch immer zahlreiche Väter für ihre Kinder nicht sorgen.

* Die Versicherung des Reisegepäcks kann von nun ab an den Bahnhöfen bei den Gepäckabfertigungen erfolgen. Die preußisch-hessische Staatseisenbahnverwaltung hat mit der Europäischen Güter- und Reisegepäckversicherung einen Vertrag abgeschlossen, wonach das aufgegebene Reisegepäck gegen Verlust, Minderung, Beschädigung und Lieferfristüberschreitung bei der genannten Gesellschaft versichert werden kann. Die Gesellschaft haftet bis zur Höhe der Versicherung für den Ersatz des vollen entstandenen Schadens einschließlich des entgangenen Gewinns.

Waisenkinder.

Das Aeußere der Waisenkinder gibt einen Widerschein ihres Innenlebens. Da fehlen die Ursprünglichkeit, die Sorglosigkeit, Hauptmerkmale der Jugend; etwas Scheues, Gedrücktes liegt in dem Wesen der Kinder.

Ein menschenfreundlicher Karusselbesitzer will in dieses zurückgehaltene Kinderleben etwas Abwechselung bringen; alle Insassen des Waisenhauses dürfen der Reihe nach umsonst ihr Vergnügen finden an der Rundfahrt, die Buben hoch zu Roß, die Mädels in der Kutsche! Wie da die Kinderaugen blank werden! ... Auf zwei, drei Stunden. Dann geht es wieder den alten gleichen Weg, ein Tag wie der andere. Die ganze Erziehung ist methodisch in enge Normen gezwängt. Manchmal zu streng. Darunter leidet dann wohl die gesunde Entwicklung des jugendlichen Wesens, gute individuelle Eigenschaften gehen verloren.

„Es sind halt Waisenkinder“ sagt die bürgerliche Moral.

Aus aller Welt.

Kriegsgewinne amerikanischer Milliardäre.

Die umfangreichen amerikanischen Lieferungen an die Entente waren für zahlreiche Amerikaner die Quelle zu ungeheuren Gewinnen. Allerdings hat der Eintritt Amerikas in den Krieg die Freude an diesen Gewinnen stark getrübt, denn die auf diese Riesensummen entfallenden Steuerbeträge sind ungewöhnlich hoch. Nachstehend sind nach der „Chemisch-Technischen Wochenschrift“ das Einkommen und die zu entrichtende Kriegsgewinnsteuer einer Anzahl reichster, auch in Deutschland bekannter Amerikaner angegeben. Die angegebenen Zahlen verstehen sich in Dollar.

	Einkommen	Steuer
J. D. Rockefeller	300 000 000	198 000 000
Andre Carnegie	50 000 000	35 000 000
William Rockefeller	37 500 000	24 000 000
J. Odgen Armour	31 250 000	20 000 000
Henry Ford	25 000 000	16 000 000
W. K. Vanderbilt	25 000 000	16 000 000

Dann folgt eine größere Anzahl von Lieferanten, deren Gewinne sich in den Grenzen von 10 bis 25 Millionen Dollar halten, und eine sehr große mit Gewinnen von „nur“ 1 bis 10 Mill. Dollar. Wirklich, die Herren Amerikaner haben es verstanden, den Krieg um die „heilige Freiheit der Welt“, die für sie angeblich die einzige Ursache zur Beteiligung am Weltkriege war, zu einem famosen Geschäft zu machen. Gegen die amerikanischen Kriegsgewinnler sind jedenfalls die europäischen die reinen Waisenknaben.

Zug-Ueberfall durch Räuber. In der Nacht zum 23. Juli wurde ein Güterzug auf der Fahrt Duisburg-Oberhausen von bewaffneten Räubern überfallen, die mit vorgehaltenen Revolvern das Bahnpersonal zwangen, die Ausräumung der Wagen zuzulassen. Eine von Oberhausen mit Bahnbeamten abgegangene Hilfsmaschine gelangte an den Tatort, als die Räuber noch mit der Fortschaffung der Säcke beschäftigt waren. Neun Säcke wurden zurückgeholt. Die Bande ist bisher nicht ermittelt.

Erdbeben. Johannesburg (Südafrika) wurde am Mittwoch von dem heftigsten Erdbeben heimgesucht, das in seiner Geschichte bisher bekannt geworden ist. Im Laufe des Tages beobachtete man einige Stöße; bei einigen Gebäuden stürzten die Mauern und Schornsteine zusammen. An größeren Gebäuden aus Eisenbeton bildeten sich Risse. In der Stadt entstand eine Panik.

Der Reichstagspräsident als Verteidiger. In der Strafsache gegen den Inhaber des Restaurants Hiller, Gastwirt Alfred Walterspiel, der wegen Verstoßes gegen verschiedene kriegswirtschaftliche Verordnungen für das Gastwirtsgewerbe vom Schöffengericht zu einer höheren Geldstrafe verurteilt worden ist, stand vor dem Landgericht I Termin zur Verhandlung in der Berufungsinstanz an. Als Verteidiger in dieser Sache war der jetzige Reichstagspräsident Rechtsanwalt Fehrenbach, der auch schon in erster Instanz die Verteidigung geführt hatte, angemeldet. Vom Präsidenten Fehrenbach lag aber ein Telegramm aus Baden-Baden vor, in welchem er mitteilte, daß er an einem heftigen Gichtanfall erkrankt und aus diesem Grunde verhindert sei, an Gerichtsstelle zu erscheinen. Unter diesen Umständen beschloß der Gerichtshof, die Sache zu vertagen.

Schweres Unwetter über Frankfurt a. Oder. Bei den letzten Gewittern wurde Frankfurt a. O. von einem furchtbaren Unwetter heimgesucht. Bei schwerem Gewitter zog über die Stadt eine Windhose, die ungeheuren Schaden an Bäumen, Häusern, Telephon- und Telegraphenleitungen anrichtete. Der alte Konzertgarten ist vollständig zerstört, die Baumalleen liegen wie niedergemäht. Zum großen Teil liegen die Dächer auf dem Beresinchen abgedeckt, die Fensterscheiben sind in Trümmer gegangen. Die Straßen sind derart von eingestürzten Mauern, Schutt und Steinen bedeckt, daß der Verkehr vollständig stockt. Feuerwehr und Militär haben alle Hände voll zu tun, um Ordnung in den Straßen und Plätzen zu schaffen.

Die fremdenfeindlichen Hagenower. In Hagenow i. M. geht ein Protest durch die Presse mit dem Verlangen an die Stadtverwaltung, die vielen Fremden aus der Stadt zu entfernen. Es hat, so heißt es, die Stadt niemals eine solche Menge von Fremden beherbergt als jetzt, die eine Notlage für die Stadt geschaffen haben; der Bevölkerung werde von ihnen alles aufgekauft und aufgegessen. Die Hamsterei steht in Blüte, für ein Pfund Butter würden 50 Mark bezahlt, für ein Pfund Bickbeeren 2,50 Mark usw. Stadt und Umgegend würden nach Lebensmitteln abgestreift, und diese würden mit der Post anstandslos versandt. Hagenow sei heute eine Fremdenstadt mit menschenüberfüllten Gasthäusern, die Fremden seien ein Uebel für das städtische Gemeinwesen. Wenn es einen gesetzlichen Weg gäbe, so dürfe die Stadtverwaltung nicht zögern, die Fremden von dem Wirtschaftskörper Hagenows abzutrennen und sie aus der Stadt zu befördern. Die Nachhausesendung der Fremden, die den goldenen Schlüssel, der ihnen Küche und Keller öffne, nämlich Geld, in Fülle haben, würde der Stadtregierung den Dank ganz Hagenows einbringen.

Tödlicher Jagdunfall. Der Amtsgerichtsrat Gröthuysen aus Heinsberg kam auf der Jagd zu Fall. Dabei entlud sich sein Gewehr und die Kugel traf ihn so unglücklich, daß er auf der Stelle tot liegen blieb.

Fleischlose Wochen für Kurgäste sollen in Bad Reichenhall und in Garmisch eingeführt werden, da die Ernährung der Arbeiter- und Landbevölkerung durch die zahlreichen Geheimschlachtungen gefährdet ist. — Sollte denn mit den Kurgästen eine Ausnahme gemacht werden?

Unberechtigter Brotbezug auf dem Schloß. Der Gutsbesitzer Dückenberg auf Schloß Hülchrath war vom Schöffengericht München-Gladbach zu 10000 Mark Geldstrafe verurteilt worden, weil für ihn, seine Familie und seine Bediensteten für 34 Personen Brot gezogen wurde, obgleich nur die Hälfte anwesend war. Die Berufungskammer ermäßigte einem Privat-Telegramm zufolge die Strafe auf 3000 Mark. — Das wird der Herr Rittergutsbesitzer besser vertragen.

Ein Walfischrestaurant in Christiania. Die neueste Errungenschaft der norwegischen Hauptstadt ist das „Walfischrestaurant“, das ein Unternehmen des Staates ist. Es wurde dieser Tage im Beisein der Regierung und einer Reihe städtischer Honoratioren eingeweiht. Der Name „Walfisch“ soll andeuten, daß neben anderen Fischgerichten auch Walfischspeisen dort geboten werden.

Im Eifer. Richter: „Sie bestreiten entschieden, Ihrem Gläubiger eine Ohrfeige versetzt zu haben? — Angeklagter: „Ich hab' ihm kein' Ohrfeig'n geben!“ — Der Gegner (einwerfend): „Lügen tut er!“ — Angeklagter: „Halts Maul, du ... [illegible]

Kartoffeln.

In den Polizeirevieren 5 und 17, sowie in der Markthalle II gibt es am 24. Juli auf Marke 37 ein Pfund Kartoffeln.

* Milch ist für 35 Pfennige. In der Zeit von Sonntag, den 28. Juli, bis Mittwoch, den 31. Juli, wird auf Lebensmittelmarke 54 ein Ei zum Ausgleichspreise von 25 Pf. abgegeben.

* Gefahren der Oder. Am Montag nachmittag spielten einige Kinder in Morgenau in der Nähe des Wappenhofes an einer durch verschlammten Buhne. Dabei geriet ein Knabe in eine tiefer gelegene Stelle und ging unter. Die Mutter des Kindes wollte ihren Jungen retten, brachte sich aber dabei selbst in Lebensgefahr und versank ebenfalls in die Tiefe. — Das Töchterchen der Frau eilte der Mutter zu Hilfe und auch über ihm schlugen die Wellen zusammen. Der des Weges kommende Armierungssoldat Franz Pochocz entledigte sich der Oberkleidung und machte sich an die Rettung der drei Personen; auch ein vorüberkommender Schleppdampfer steuerte auf die Buhne zu und beteiligte sich am Rettungswerk. Den vereinten Bemühungen, an denen sich auch der Vizefeldwebel Anders aus Dresden, der hier zu Besuch weilt, beteiligte, gelang es, schließlich alle drei Menschen aus dem nassen Element ans Land zu bringen und ins Leben zurückzurufen.

* Kartoffelkleinhändler dürfen bis auf weiteres den Großhändlern bei der Lieferung von Kartoffeln Bezugsscheine nicht abgeben. Die im Besitz der Kleinhändler befindlichen Bezugsscheine sind sorgfältig aufzubewahren.

* Die Zahl der mit dem Eisernen Kreuze 1. Klasse ausgezeichneten Kriegsteilnehmer beträgt schon jetzt über 500000. Unter diesen waren es außer 153 fürstlichen Truppenführern, 887 Generalen und 26 hohen Staatswürdenträgern 51386 Stabs- und Subalternoffiziere. Von den Angehörigen des Unteroffizierstandes sind im Besitze beider Klassen 12845, wogegen es nur 4068 Mannschaften verliehen ist.

* Groß beschwindelt wurde der Geschäftsführer einer Gastwirtschaft auf der Schweidnitzer Straße. Am 20. Juli wurde er von einem unbekannten Herrn, der dort eingekehrt war, ersucht, ihm 80 Mark zu leihen. Als Pfand dafür bot er einen Koffer, in dem Fleisch enthalten, jetzt die 80 Mark brauche er, um weitere Waren, die für ihn auf dem Oderterbahnhof lägen, einzulösen. Der Geschäftsführer gab darauf die erbetene Summe und der Gast begab sich sofort nach dem Oderterbahnhof, kam jedoch nicht mehr wieder. Nun ging dem Darleiher ein Licht auf, er öffnete den Koffer und — fand darin statt Fleisch Steine und Sand!

* 100 Mark gestohlen wurden am 19. einer Kassiererin in einer hiesigen Bodenanstalt aus dem Kassenschalter. Der Verdacht richtet sich gegen 3 Burschen im Alter von 15—17 Jahren, die als Badegäste dort waren.

* Eine Trophäe. Aus einer Bodenkammer des Hauses Tiergartenstraße 34, in die Diebe, vermutlich zwei junge Männer von 18—20 Jahren, am 20. Juli in der Mittagsstunde mittels Nachschlüssels eingestiegen sind, haben sie 18 Gleichen Lampe, 12 Flaschen andere Liköre und jedenfalls einen Korb mit leeren Flaschen gewonnen. Der eine der beiden Diebe, der blauen Anzug und braunen oder grauen, eingedrückten Filzhut trug, hatte den mit Papier zugedeckten Korb auf dem Schulter und ging damit nach der Gartenstraße zu. Der andere hatte unterm Arm einen Handwerkskasten und war mit dunkelm Ardelkanzug und blauer Schildmütze bekleidet.

* Einbruchsdiebstähle. In ein Zigarrengeschäft Neue Graupenstraße 17 ist ein Einbrecher am 18. Juli mittels Nachschlüssels eingedrungen und hat sich für etwa 70 Mark Zigaretten und eine Platzkarte für das Viktoriatheater angeeignet. — Im Laufe der vergangenen Woche ist eine Bodenkammer im Hause Stockgasse 18 erbrochen und um einen dunkelgrauen Winterüberzieher, eine schwarze Winterjoppe und eine blaue Emaille-Waschwanne beraubt worden. — Durch Einschlagen der Glasscheibe der Eingangstür ist ein Dieb in eine Wohnung Gabitzstraße 37 gelangt und hat eine Menge Kleider und Wäsche erbeutet. — Einer Bodenkammer im Hause Piostenstraße 8 haben Einbrecher in der Zeit vom 16.—18. Juli Besuch abgestattet und 1 Oberbett, 2 Unterbetten, 4 Kopfkissen, 1 Kinderwagenbett und 2 Kopfkissen, 1 Roßhaarmatratze mit Kinderbett, 4 Sophakissen, 1 Reisekorb, 1 Flanellunterrock und 2 Paar getragene Damenschnürschuhe mitgehen heißen. — Aus einer Bodenkammer Adalbertstraße 52 wurde am 19. Juli mittels Einbruchs eine blaugraue Pappschachtel entwendet, in der sich ein neuer schwarzer Cheviottanzug befand.

* Eine Geldtasche mit 250 Mark gestohlen wurde am 21. Juli von einem Milchwagen, der auf der Markgrafenstraße hielt.

* Straßenbahnunfälle. Auf der Westerbreite ist am 22. Juli vormittags eine Witwe von dem Triebwagen eines Straßenbahnzuges umgerissen worden, wobei sie am Kopfe schwere Verletzungen erlitt. Angehörige schafften sie ins Allerheiligenhospital. — Am Nachmittage wurde auf dem Berliner Platz eine Frau beim Ueberschreiten des Fahrdammes von einem Straßenbahnzuge erfaßt und umgerissen; auch sie erlitt Verletzungen am Kopfe.

* Erhängt aufgefunden wurde am Dienstag nachm. in den Anlagen an der Blindenanstalt in Zajel eine unbekannte, etwa 70 Jahre alte Frau. Ihre Leiche ist nach dem Schauhause überführt worden.

* Beim Baden ertrunken. Die zunehmende Gewohnheit, im Oderstrom oberhalb der Stadt Freibad zu nehmen, fordert immer neue Opfer. Am Montag nachmittag ist dort hinter dem Zoologischen Garten der 16jährige Lehrmädchen Martin Nitschke von Hohrauer Straße 12 beim Baden ertrunken und seine Leiche konnte erst am 22. Juli früh geborgen und nach dem Schauhause überführt werden.

* Eine Nachlese aufgefunden haben Einbrecher in den letzten Tagen im Hause Anger 8. Es sind ihnen dort eine dunkelgraue Tuchjacke, ein blaues Tuchkleid, ein blauer Tuchrock, eine blaue Seidenbluse, zwei weiße und eine dunkle Blusen, ein schwarzes Seidenkleid, zwei graue Blusen, ein schwarzer Jackenkleid, ein grauer Bettrock, sechs Herrenhemden, fünf Beinkleider, sechs Unterhosen, ein Unterrock, ein Hemd und eine schwarze Pelzgarnitur aus Bonn [illegible]

L. B.

— Fahrräderdiebstahl. Aus einer Hausflur am Neukircher Weg ist in der Nacht zum 19. Juli ein 12½ m langer, 24 cm breiter Treibriemen gestohlen worden.

Aus Breslau (Land)-Neumarkt.

150 Gramm Fleisch.

Der Landrat des Kreises Breslau macht bekannt:

Die Höchstmenge an Fleisch und Fleischwaren, die in der Woche vom 22. Juli bis 28. Juli cr. auf die Reichsfleischkarte entnommen werden darf, wird auf 150 Gramm, und zwar 90 Gramm Fleisch und 60 Gramm Wurst festgesetzt. (Kinder die Hälfte.)

Der einzelne Abschnitt gilt für 15 Gramm Fleisch mit eingewachsenen Knochen oder Frischwurst oder 12 Gramm Fleisch ohne Knochen, Schinken, Dauerwurst, Speck, Zunge und Rohfett.

Schlesien und Posen.

Forderungen der oberschlesischen Bergarbeiter.

Die Bergarbeiter haben in den verschiedenen Revieren Forderungen erhoben, die hauptsächlich eine Erhöhung der Schichtlöhne erstrebten. Wie die „Bergarbeiter-Zeitung" mitteilt, haben nunmehr Regierungsvertreter mit Vertretern der Bergarbeiterverbände eingehend verhandelt. Einer Aussprache mit dem Minister für Handel und Gewerbe folgte eine Konferenz im preußischen Handelsministerium, an der Arbeitervertreter der verschiedenen Richtungen und einige Oberbergräte teilnahmen. Bei beiden Besprechungen handelte es sich um die Löhne in Schlesien und namentlich im Braunkohlenbergbau.

Am 6. Juli verhandelten die Vertreter der vier Verbände mit dem Vizekanzler über eine Eingabe, welche folgende Forderungen enthält:

1. Für Hauer und Lehrhauer einen Durchschnittslohn von 15 Mk. pro Schicht, ausschließlich Kindergeld und etwaiger anderer Teuerungszulagen.
2. Für erwachsene männliche Schichtlöhner unter und über Tage eine Lohnerhöhung von mindestens 2 Mk. pro Schicht.
3. Für weibliche und jugendliche Arbeiter eine Lohnerhöhung von mindestens 1 Mk. pro Schicht.
4. Eine Verdoppelung des Kindergeldes.

Um dieselbe Zeit fanden auch Verhandlungen statt mit dem Kriegsamt und dem Vizekanzler, die sich hauptsächlich mit der Bewegung im oberschlesischen Kohlengebiet beschäftigten, wo es wegen der Schichtverkürzung und der Lohnfrage sowie wegen Kartoffelmangels zu Differenzen gekommen war. Im Laufe der ausgedehnten Verhandlungen befürworteten alle Vertreter der Bergarbeiter Lohnerhöhung und Verkürzung der Schichtzeit für Oberschlesien, auch wurde die mangelhafte Lebensmittelversorgung kritisiert. Ferner wurden die Einschränkungen des Versammlungsrechts im Bereich des 6. Armeekorps besprochen und Abhilfe verlangt. Kriegsamt und Kriegsministerium sagten Erleichterungen zu.

Hausdorf, 23. Juli. Die Unterschlagungen in der städtischen Sparkasse. In der Stadtverordnetenversammlung führten die Unterschlagungen des Sparkassengegenbuchführers Klose in Prausnitz zu einer umfangreichen Debatte. Die Veruntreuungen belaufen sich, wie Bürgermeister Pätzold mitteilte, auf 29000 Mark. Ein Stadtverordneter tadelte, daß es den Beamten gestattet sei, so viel Geld in der Kasse zu behalten. Er war der Ansicht, daß an den Veruntreuungen der Magistrat und der Verwaltungsrat gewissermaßen mit schuldig seien. Man habe dem Klose zuviel freie Hand gelassen. Bürgermeister Pätzold erklärte, man werde alle möglichen Schritte unternehmen, um das Geld wiederzuerlangen.

Striegau, 24. Juli. Auf schreckliche Weise seinem Leben ein Ende bereitet hat dieser Tage ein transportierter kriegsgefangener Russe. Als er auf dem Bahnhof Obermois den Zug herankommen sah, warf er sich, ohne daß ihn jemand hindern konnte, vor die Lokomotive und wurde von dieser buchstäblich zermalmt.

521000 Tonnen im Juni.

Berlin, 23. Juli. (Amtlich.) Im Monat Juni wurden insgesamt 521000 Brutto-Register-Tonnen des für unsere Feinde nutzbaren Handelsschiffsraumes vernichtet. Der ihnen zur Verfügung stehende Welthandelsschiffsraum ist somit allein durch kriegerische Maßnahmen seit Kriegsbeginn um rund 18251000 Brutto-Register-Tonnen verringert worden. Hiervon sind rund 11175000 Brutto-Register-Tonnen allein Verluste der englischen Handelsflotte. Nach inzwischen gemachten Feststellungen sind im Monat Mai außer den seinerzeit bekanntgegebenen Verlusten an feindlichen oder im Dienste unserer Gegner fahrenden Handelsschiffen noch weitere Schiffe von rund 48000 Br.-Reg.-T. durch kriegerische Maßnahmen schwer beschädigt in feindliche Häfen eingebracht worden.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Grippe bei Gefangenen.

Haag, 23. Juli. Hollands Neues Bureau meldet aus London: Die Influenza ist unter den deutschen Kriegsgefangenen im Dramlylager in Hampshire ausgebrochen und von den 2000 deutschen Internierten sind etwa 1000 krank. Am Montag sind angeblich weitere 300 erkrankt, während sie bei ihrer Arbeit waren. Sie wurden [illegible]

Briefkasten.

Alle mündlichen und schriftlichen Anfragen (mit Ausnahme der Anfragen von Feldpostbriefen), werden nur gegen eine Bezugs-Quittung der „Volkswacht" erteilt. Briefliche Auskunft wird nur an auswärtige Leser in dringenden Fällen erteilt, an Breslauer Leser nicht.

Hilfsdienst 48. Nein, durch das Selbständigmachen werden Sie vom Hilfsdienst nicht befreit. Wir empfehlen Ihnen, sich mit Ihrem Anliegen an die Vorgesetzten zu wenden.

Pfiffer K. K. Ihre Frau hätte sich sofort an die Stelle wenden müssen, wo sie die Wehrunterstützung beantragt hat. Es ist so, wie Sie schreiben und wir schon sehr oft mitgeteilt haben: Wenn Kriegerfrauen mit Wehrunterstützung erkranken und keiner Krankenkasse angehören, muß der Reservistenverband Arzt, Arznei, Krankenhaus usw. bezahlen. Also Ihre Frau muß jetzt die Rechnungen dem Gemeindevorsteher übergeben und, wenn das nichts nützt, an den Landrat schreiben.

Gerechter Fr. Auf eine einmalige Unterstützung haben Sie keinen Anspruch.

H. K. 1. Die B. ist für 18. 6. bestellt. 2. R.-M.: Krankheiten des Nervensystems.

Gottfr. Landgraf. Nicht eingegangen.

Wm. G., Gerhartstraße. Ohne Bezugsquittung gibt keine Auskunft und Breslauer Lesern wird schriftliche Auskunft überhaupt nicht gegeben.

H. W. 1. Nein, in den Monaten Juni bis Ende September werden Leichenüberführungen aus dem Felde nicht vorgenommen. Neue Anträge sind erst Anfang September zu stellen. 2. Gesuche um Leichenüberführung sind an das stellvertretende Generalkommando zu richten, das für den Gesuchsteller zuständig ist.

Nr. 101, N. 1. Die Wehrunterstützung ist auch für diese Zeit zu bewilligen. Schreiben Sie an den Landrat. 2. Jeder Anfrage muß eine Bezugsquittung beiliegen.

L. K. in G. Gewiß, die Miete für den vergangenen Monat müssen Sie wieder anbieten und die Miete für den laufenden Monat dazu. Im übrigen hätten Sie sofort das dortige Mietamt oder das Amtsgericht anrufen müssen, damit sie über die Kündigung und die Mieterhöhung entscheiden. Wir haben darüber schon so oft geschrieben und immer wieder kommen ganz dieselben Anfragen. Dann ist ja der Briefkasten eingerichtet, daß er von allen gelesen und beachtet wird.

„Permenpha"-Brillengläser geben gleichmäßiges, ruhiges und deutliches Lesen.

Optiker Garai, Albrechtstr. 3.

Gute Bücher

lesen unsere Soldaten gern in den Stunden der Ruhe.

Nachstehende Bücher sind im Preise bedeutend herabgesetzt und sehr empfehlenswert:

Marianne Maldorf, Die Hexe von Triesnerberg, 270 Seiten gebd. nur 2.—

Koebner, Globetrotter der Liebe nur Mk. 1.30

Hans Freimark, Der Meister, Roman aus der Gegenwart 392 Seiten, gut broschiert bisher 4.— Mk. nur 2.—

Franz Molnar, Die Panflöte statt 2 Mk. 1.30

Theod. Wolff, Die Sünder, eine Liebesgeschichte statt 2 Mk. 1.30

„ „ Spaziergänge statt 3 Mk. 1.30

Hamilton, Eines Herzogs Sohn, Roman statt 2 Mk. 1.30

John Berg, Nach dem Unfrieden, Roman, statt 3 Mk. 1.20

Busse-Palma, Des Satans Karten, statt 2.50 Mk. 1.—

Claude Berget, Napoleon, Lebensgeschichte mit 12 Abbildungen 60 Pf.

Hunter, Das Elend der neuen Welt, bisher 2 Mk. nur 80 Pf.

Eckertz, Der leidende Roland mit Buchschmuck v. G. Tische, 120 Seiten nur 1.—

Porto { bei einzelnen Büchern 10—30 Pf. / bei der ganzen Sendung 60 „ / Feldpostpaketporto 25 „

Volkswacht-Buchhandlung, Breslau III

Modernes Antiquariat.

Die beste Liebesgabe ins Feld ist ein gutes Buch!

Amtliche Anzeigen

Kartoffelausgabe

vom 24. Juli, nachmittags an in den Polizei-Revieren 5, 17 und Markthalle II. 5720

auf Marke Nr. 37 1 Pfund.

Stadtkartoffelstelle.

Wichtig für Kartoffelkleinhändler!

Bis zur Aufhebung dieser Anordnung dürfen die Kartoffelkleinhändler den Großhändlern bei der Lieferung von Kartoffeln Bezugscheine nicht abgeben. Die im Besitz der Kleinhändler befindlichen Bezugscheine sind sorgfältig aufzubewahren.

Breslau, den 24. Juli 1918. 5706

Stadtkartoffelstelle.

Junghan.

Bekanntmachung über Höchstpreise.

Die Preiskommission der Provinzialstelle für Gemüse und Obst hat mit Zustimmung der Reichsstelle für Gemüse und Obst, Verwaltungsabteilung, die Erzeuger-, Groß- und Kleinhandelspreise festgesetzt wie folgt:

	Erzeugerpreis	Großhandelspreis	Kleinhandelspreis
	für je 1 Pfund		
	Pf.	Pf.	Pf.
1. Mairüben ohne Kraut	5	6	7
2. Möhren und Lingl. Karotten mit Kraut von höchstens 15cm Länge (Bahnverf. unzulässig) . . .	15	17	22
ohne Kraut . .	15	18 (19)	23 (25)
3. Tafeläpfel . . .	35	45	60
4. Wirtschaftsäpfel	15	20	25

Die Erzeugerpreise umfassen gemäß § 6 der Verordnung vom 3. April 1917 (Reichsgesetzblatt Seite 307) die Kosten der Beförderung zur nächsten Verladestelle und der Verladung.

Die Erzeugerpreise zu 1 und 2 sind Vertragspreise, welche gemäß § 4 den Anbauverträgen der Reichsstelle für Gemüse und Obst in diese Verträge einzusetzen sind. Sie sind gemäß §§ 5 und 14 der Verordnung vom 3. April 1917 (Reichsgesetzblatt Seite 307) ebenso wie die zu 3 und 4 festgesetzten Erzeugerpreise und wie die sämtlichen festgesetzten Groß- und Kleinhandelspreise Höchstpreise im Sinne des Gesetzes betreffend Höchstpreise vom 4. August 1914 (Reichsgesetzblatt Seite 339), mit den dazu ergangenen Abänderungen.

Die in Klammern beigefügten Preise gelten nur in den Kreisen Breslau-Stadt, Neumarkt und -Land, Glatz-Stadt und -Land, Kattowitz-Stadt und -Land, Königshütte OS., Hindenburg OS., Tarnowitz, Pleß, Rybnik, Waldenburg i. Schl., Hirschberg i. Schl., Landeshut i. Schl. und Görlitz-Stadt.

Die Preise gelten vom Tage ihrer Bekanntmachung in der „Schlesischen Zeitung" ab, mit Ausnahme der Apfelpreise, welche erst am 20. Juli d. J. in Kraft treten.

Die Stadt- und Landkreise dürfen abweichend hiervon nur niedrigere Groß- und Kleinhandelspreise festsetzen.

Breslau, den 23. Juli 1918. 5730

Provinzialstelle für Gemüse u. Obst für Schlesien.

Beschlagnahme von Tischwäsche.

Verkauf von Leinen- und Baumwollgeweben.

Durch die Bekanntmachung vom 20. April 1918, abgedruckt in Nr. 19 des Breslauer Gemeindeblattes vom 28. April 1918 Seite 444/45, hat die Reichsbekleidungsstelle die gebrauchten und ungebrauchten weißen und farbigen waschbaren Tisch- und Mundtücher beschlagnahmt, die sich im Besitze von Gewerbetreibenden befinden, zur Veräußerung bestimmt sind und aus Web-, Wirk- und Strickwaren bestehen. Hierunter fallen auch die waschbaren Tisch- und Mundtücher, die als Tapisseriewaren vorgezeichnet, angefangen oder fertiggestellt sind.

Veränderungen an den beschlagnahmten Gegenständen, Verarbeitungen und Verfügungen darüber sind untersagt. Nur die Veräußerung an den zuständigen Gemeindeverband ist gestattet.

Außerdem hat die Reichsbekleidungsstelle in ihrer Bekanntmachung verboten:

1. gebrauchte und ungebrauchte Tisch- und Mundtücher der oben bezeichneten Art,
2. unverarbeitete gewebte oder gewirkte Stoffe ganz oder teilweise aus Leinen oder Baumwolle,

die sich im Besitze von Privatpersonen befinden, entgeltlich zu veräußern und zu erwerben.

Die beschlagnahmte Tischwäsche der Breslauer Gewerbebetriebe und die Tischwäsche und Stoffe der Privatpersonen in Breslau, die dem Veräußerungs- und Erwerbsverbot unterliegen, dürfen nach unserer Bekanntmachung vom 25. April 1918 ((abgedruckt im Breslauer Gemeindeblatt Nr. 21 vom 5. Mai 1918 Seite 467/68) nur in Breslau und nur an die

Altbekleidungsstelle Ring 48,

entgeltlich veräußert und nur von dieser entgeltlich erworben werden. Allen anderen Personen und Stellen ist die entgeltliche Erwerbung untersagt.

Zuwiderhandlungen haben schwere Bestrafung und Einziehung der Waren zur Folge.

Aus den beschlagnahmten Waren soll hauptsächlich Wäsche für Wöchnerinnen und Säuglinge hergestellt werden, die dann wieder gegen Bezugsscheine an die bedürftige bürgerliche Bevölkerung abgegeben wird.

Weil für Tischwäsche Bezugsscheine nicht mehr ausgestellt werden und die Gewerbetreibenden die Tischwäsche anderweitig nicht veräußern dürfen, würde sie nutzlos liegen bleiben und der Allgemeinheit entzogen sein.

Wir fordern deshalb die Gewerbetreibenden in Breslau auf, die beschlagnahmten Tisch- und Mundtücher sofort an die Altbekleidungsstelle, Ring 48, I, freiwillig zu veräußern.

Auch die Privatpersonen ersuchen wir dringend, Tischwäsche und Stoffe gegen gute Bezahlung an die Altbekleidungsstelle, Ring 48, abzuliefern, damit daraus Säuglingswäsche und Bekleidungsstücke gefertigt werden können.

Breslau, am 19. Juli 1918. 5707

Der Magistrat hiesiger Königl. Haupt- und Residenzstadt.

Dr. Trentin. Neukirch.